

zfsö

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALÖKONOMIE

- Christian Kreiß **3** Geplanter Verschleiß von Gütern als Weg zur Steigerung der Rentabilität von Kapital
- Norbert Olah,
Thomas Huth
& Dirk Löhr **16** Monetarismus mit Liquiditätsprämie – Von Friedmans optimaler Inflationsrate zur optimalen Liquidität
- Edoardo Beretta **25** Zwischen Gesells IVA-Note und Keynes' Bancor-Plan – Ansätze zu einer Weltwährung in der Zeit zwischen 1920 und 1944/45
- Markus Raschke **37** Fairer Handel in einer renditeorientierten Wirtschaft – Einsichten in den Wandel von Ökonomie und Engagement
- Hans-Günter Wagner **47** Die Wirtschaftsethik der Hindu-Religionen – eine Annäherung
- 60** Bücher und Veranstaltung
- 79** Mündener Gespräche in der Reinhardswaldschule

B Ü C H E R

■ Gerhard Senft (Hrsg.) Land und Freiheit – Zum Diskurs über das Eigentum von Grund und Boden in der Moderne

Wien: Promedia Verlag sowie Verein „Kritische Geographie“, 2013.
198 Seiten.

Mit dem Zitat „Der private Wohnungsmarkt ist fast nur für die Reichen“ aus dem Jahr 1992 bringt der Autor in seiner Einleitung einen Aspekt der Bodenfrage auf den Punkt, der sich mittlerweile zum schwerwiegenden Problem für die Gesellschaft ausgewachsen hat. Wie schon in früheren Epochen sind viele Menschen dazu gezwungen, dauerhaft einen großen Teil ihres Erwerbseinkommens für die Inanspruchnahme von Grund und Boden aufzuwenden. Die Schaffung von Wohneigentum wird vor allem dadurch immer schwieriger, dass die Kosten für den reinen Grunderwerb vielerorts bereits die Kosten für den Bau von Wohneigentum einholen. Umso mehr muss der gesellschaftliche Diskurs über alternative Modelle des Grund- und Bodeneigentums in den Vordergrund treten.

Der Nationalökonom Gerhard Senft vom Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Wirtschaftsuniversität Wien stellt in seinem Buch „Land und Freiheit“ eine umfassende Sammlung historischer und aktueller Überlegungen rund um das Thema Bodeneigentum zusammen. Er bietet einen guten Überblick über die wichtigsten Vertreter, Konzepte und Strömungen dieses gesellschaftlich zentralen Themas.

Die Einleitung ist chronologisch konsequent aufgebaut. Inhaltlicher Schwerpunkt liegt auf den Epochen seit den Anfängen moderner Bodenreformbewegungen im 17. und 18. Jahrhundert, es werden aber auch Exkurse zu frühen Ideen des Bodeneigentums geboten, deren schriftliche Belege teilweise über 2.500 Jahre zurück datieren. Einen spannenden Exkurs bildet auch der Blick auf den Umgang mancher indigener Völker mit Bodeneigentum. So werden alternative Modelle gemeinwirtschaftlicher Bodennutzung vorgestellt, die auch hierzulande Inspiration für einen künf-

tig gerechteren Umgang mit dieser knappen Ressource sein können.

Der Hauptteil des Buches ist in neun thematische Blöcke gegliedert. Jedes der Kapitel beginnt mit einer Einführung des Herausgebers, wodurch man bereits zu Beginn einen inhaltlichen Überblick über die nachfolgenden Aufsätze erhält. Zu jedem Themengebiet kommen drei bis vier ausgewählte Vertreter der jeweiligen Strömung zu Wort. Der Umfang jedes Aufsatzes beträgt zwischen zwei und sieben Seiten, ist also auf eine komprimierte Darstellung des jeweiligen Themas getrimmt.

Die Texte stammen aus verschiedenen ideologischen und gesellschaftlichen Lagern, beginnend mit den Anfängen moderner Bodenreformen im angelsächsischen Raum. Nach Autoren wie Thomas Spence werden die Ideen französischer Physiokraten wie etwa Jacques Turgot präsentiert. Das dritte Kapitel behandelt die klassische Schule der Nationalökonomie von Adam Smith, David Ricardo und John Stuart Mill. Darauf folgen sozialistisch geprägte Ansätze aus den Federn von Friedrich Engels, Karl Marx oder Silvio Gesell, aber auch solche mit verstärkt liberalem Hintergrund wie jene von Julius Faucher, Heinrich Gossen oder Léon Walras.

Das sechste und siebte Kapitel ist Neophysiokraten wie Henry George und Michael Flürscheim bzw. Vertretern der Siedlerbewegung und Bodenreform wie Leo Tolstoi oder Theodor Hertzka gewidmet. Während im achten Kapitel Oppenheimer und Schumpeter zu einer inhaltlichen Kontroverse antreten, kommen nachfolgend die Vertreter des heutigen Kampfes um Grund und Boden zu Wort. Hier wird der gegenwärtige Diskurs über Alternativen des Bodeneigentums geführt, wobei Themen wie das kommunale Erbbaurecht den Inhalt dieses abschließenden Kapitels bilden.

Der historische Abriss der Einleitungstexte zeigt, dass es immer wieder zur Verfestigung und Auflösung von Eigentumsstrukturen gekommen ist. Ein Zyklus von abwechselnder Agglomeration in wenigen Händen und die Aufteilung unter Vielen scheinen ein immer wiederkehrendes Schema zu sein. Der jeweilige Schritt zur Vergesellschaftung von Boden fand oft unter

großem Widerstand statt und hatte stets gesellschaftliche Turbulenzen, oft sogar kriegerische Auseinandersetzungen zur Folge.

Es bleibt zu hoffen, dass die nächste Phase einer gerechteren Bodenverteilung als Graswurzelbewegung und nicht als Revolution stattfindet. Verfolgt man den aktuellen Diskurs dazu, ist dieser Ausblick nicht unrealistisch. Gefühlt nimmt die Berichterstattung insbesondere über Erbpachtmodelle in den Medien zu. Aktuell berichtet die Tageszeitung „Der Standard“ in einer Sonderausgabe über Modelle der Erbpacht in ausgewählten Gemeinden in Österreich und Deutschland. Der Tenor dabei ist stets ähnlich: Immer weniger Jungfamilien können sich Grund und Boden zur Eigenheimschaffung leisten. Nicht zuletzt durch Exzesse der Bodenspekulation und dadurch höhere Immobilienpreise können Konzepte wie die Erbpacht in der Mitte der Gesellschaft ankommen.

Der Zeitpunkt zur Veröffentlichung eines für Fachexperten spannenden und für den geneigten

Leser verständlichen Kompendiums ist daher goldrichtig. Das Buch setzt sich nicht nur mit der Historie der Bodenfrage und den daraus entstandenen Bodenreformen auseinander, sondern es skizziert gleichzeitig Möglichkeiten zur Gestaltung. Es werden verschiedene Herangehensweisen dargestellt, auf ihre Vor- und Nachteile analysiert sowie Erfolge und Misserfolge umrissen. Letztlich empfehlen sich die dargestellten Ansätze für ihre Anwendung in der heutigen Zeit.

Ein Aufsatz zur Arbeit von Fabian Thiel über strategisches Landmanagement im Zusammenhang mit dem im Klappentext angeführten „Land Grabbing“ wäre noch eine schöne Ergänzung des ansonsten vollständigen Kompendiums. Der 2001 mit dem Theodor-Körner-Preis für Wirtschaftswissenschaften ausgezeichnete Autor und Herausgeber hat ein rundum gelungenes Buch verfasst, das ein bodenpolitisches Vademecum heutiger Ökonomen, Planer und Politiker sein sollte.

Norbert Mundt

Prof. Dr. Joseph Stiglitz

„Die heftige Reaktion gegen die Globalisierung zieht ihre Kraft nicht nur aus dem sichtbaren Schaden, den eine ideologisch verbohrt Politik den Entwicklungsländern zufügt, sondern auch aus den gravierenden Ungerechtigkeiten im Welthandelssystem. Heute verteidigen ... nur noch wenige die Heuchelei, so zu tun, als wolle man den Entwicklungsländern helfen, während man gleichzeitig eine Politik betreibt, die die Reichen noch reicher und die Armen noch ärmer – und immer zorniger – macht. ...

Der IWF hat sich seit seiner Gründung stark verändert. ... Keynes würde sich im Grab umdrehen, könnte er sehen, was aus seinem Kind geworden ist. ... Viele der wirtschaftspolitischen Auflagen des IWF, vor allem die verfrühte Liberalisierung des Kapitalmarkts, verschärften die Instabilität der Weltwirtschaft. ... Der IWF schätzt einerseits die Märkte allzu optimistisch ein, während er andererseits eine allzu geringe Meinung vom Staat hat. ...

Es gibt alternative Strategien, die zum Beispiel eine Bodenreform beinhalten, aber keine Liberalisierung des Kapitalmarktes, Strategien, die vor die Privatisierung einen wettbewerbspolitischen Rahmen setzen und die dafür sorgen, dass die Handelsliberalisierung von der Schaffung von Arbeitsplätzen begleitet wird. Es ist wichtig, in Zukunft Alternativen auszuprobieren und auszuloten.“

Die Schatten der Globalisierung, Berlin 2002, S. 13, 27, 30 und 107–108.

■ **Christian Kreiß**
Profitwahn – Warum sich eine menschengerechtere Wirtschaft lohnt

Marburg: Tectum Verlag, 2013. 232 Seiten.

„Wir befinden uns derzeit in der Schlussphase eines langen, mächtigen, knapp 70-jährigen Wachstumszyklus, der sich nun mit innerer, eiserner Notwendigkeit seinem Ende zuneigt.“ (S. 9) Christian Kreiß, Professor für Finanzierung und ehemaliger Investmentbanker, erregt bereits im Vorwort seines Buches die Aufmerksamkeit der Leser, indem er prognostiziert, dass wir uns am Ende einer wirtschaftlichen Wachstumsphase befinden. Kreiß möchte Wege zu einer menschengerechteren und nachhaltigeren Wirtschaft aufzeigen. Seine Hauptaussage ist, dass sich unsere derzeitige Wirtschaftsordnung (Ungleichverteilung, ökonomische Machtkonzentration) ändern muss, um die alle 70 Jahre wiederkehrenden Blasen verhindern zu können. Viele anschauliche Graphiken sowie historische und aktuelle Fallbeispiele, Zitate und biographische Erlebnisse bereichern das Werk. Des Weiteren wird laufend auf vergangene sowie aktuelle Krisen (Finanzkrise, Eurokrise) eingegangen. Das Buch ist sowohl für Ökonomen als auch für Laien interessant und zukunftsweisend. Die insgesamt acht Kapitel sind so prägnant und aufschlussreich geschrieben, dass sie eine selektive Lektüre ermöglichen, ohne den Gesamtzusammenhang vergessen zu lassen. Die globalen Ungleichgewichte bilden den Kern des Buches, und Kreiß betrachtet sie als Symptome ungelöster ökonomischer und sozialer Probleme.

Im ersten Kapitel geht Kreiß auf unsere Eigentumsordnung ein, die seiner Meinung nach „der Grund für die Misere ist“. (S. 15) Vor allem die ungleiche Vermögensverteilung und die Problematik des Zinseszins-Mechanismus werden mit Fakten, seriösen Quellen (u. a. OECD) und Graphen eindrucksvoll dargestellt. Kreiß's besondere Stärken kommen zum Vorschein, wo er die aktuellen ökonomischen Phänomene kulturgeschichtlich zurückverfolgt (u. a. Altes Testament, antikes Griechenland, 1914, 1929).

Im darauffolgenden Kapitel wird die Entwicklung der Ungleichverteilung in Deutschland und in den USA dargestellt. Die stark gestiegene

Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen in den letzten Jahrzehnten ist die „eigentliche Wurzel des Problems“. (S. 54) Selbiges Phänomen konnte ab 1928 beobachtet werden. Es besteht demnach die drohende Gefahr einer Wiederholung dieses Elends.

In Kapitel 4 beschreibt Kreiß die aktuelle Weltwirtschaftslage und erklärt, warum eine Bereinigung längst überfällig ist. Die ausführliche Analyse der globalen Blasenbildungen ist besonders empfehlenswert, da Kreiß auf unterschiedliche Anlageobjekte wie Immobilien, Rohstoffe, Unternehmensanteile und Infrastrukturprojektefinanzierungen eingeht. Des Weiteren zieht er immer wieder erstaunliche Vergleiche zur Weltwirtschaftskrise 1929-33 und zeigt Analogien auf. Sehr kenntnis- und aufschlussreich ist ein Fallbeispiel, das die zunehmende Verschuldung durch Private Equity darstellt. Hierbei öffnet das Insiderwissen von Kreiß als ehemaliger Investmentbanker den Lesern die Augen und erklärt auch für Laien in verständlicher Weise, dass eine Zunahme von Private-Equity-Transaktionen unter den aktuellen gesetzlichen und steuerlichen Rahmenbedingungen in den meisten Ländern absolut nicht erstrebenswert für die Gesamtwirtschaft sind, weil bspw. die Private-Equity-Obergesellschaft nicht für die Schulden all ihrer Töchter haftet.

In den drei darauffolgenden Kapiteln werden die weltweite Überschuldung von Privathaushalten und Nationen, geopolitische Ursachen der deutlich gestiegenen Ungleichverteilung weltweit seit 1980 sowie geistige Hintergründe analysiert. Durch jahrelanges Leben auf Pump und einer „tektonischen Verschiebung in den Kräfteverhältnissen der Erde“ (S. 94) wird die Macht in vielen Ländern zunehmend auf immer weniger Menschen aufgeteilt.

Das achte Kapitel ist besonders spannend, da Kreiß das Versagen der Wirtschaftswissenschaft sowie der gängigen Mainstream-Ökonomie aufzeigt. Diese Kritik im wirtschaftswissenschaftlichen Raum anzubringen, ist ein sensationelles Ereignis, da sich wenige Ökonomen gegen die geläufigen Axiome und Sichtweisen stellen. Kreiß erklärt gekonnt, dass unbegrenztes Eigentum und Zinseszins ökonomisch betrachtet nicht

sinnvoll sind und lediglich eine kleine Minderheit von diesen beiden Axiomen profitiert.

Im letzten Kapitel kritisiert Kreiß die bisherigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise und zeigt deren fatale Auswirkungen auf, um anschließend eigene Lösungen und Wege in eine menschengerechtere Wirtschaft zu präsentieren. Dieser Teil hat besondere Aufmerksamkeit verdient, denn Kreiß schafft es nicht nur, realitätsnahe und umsetzbare Ansätze zur Überwindung der Krise darzustellen; er bietet auch innovative, langfristige und nachhaltige Konzepte an. Die Grundidee ist, dass Einnahmen, für die man nicht arbeiten muss, unsozial und schädlich für die Wirtschaftsentwicklung sind. Durch eine Vermögenssteuer auf nicht selbst genutzten Grund und Boden und Immobilien sowie auf Unternehmensanteile (mit Freibeträgen) und/oder durch Geldreformen (bspw. Geld mit Durchhaltekosten nach der Theorie von Silvio Gesell) könnten die ungerechte Vermögenskonzentration und die immer extremer werdende Kluft zwischen Arm und Reich überwunden werden.

Im letzten Teil des Werkes befindet sich ein Exkurs zu den Hintergründen der Eurokrise mit dem Fallbeispiel Spanien. Es werden nicht nur Fakten präsentiert und auf die Denkfehler der gängigen Volkswirtschaftslehre aufmerksam gemacht. Der Autor bietet zudem auch effektive und nachvollziehbare Lösungen an, um die Konjunkturprobleme in der Euro-Zone zu lösen (bspw. durch Vermögenssteuern und umlaufgesichertes (Parallel-)Geld).

Kreiß's Buch bietet eine detaillierte, zum Teil erschreckende und spannende Analyse von Ökonomie und Gesellschaft. Die vorgestellten innovativen Lösungsansätze lassen den Leser jedoch hoffen, dass im Falle einer zeitnahen und konsequenten Umsetzung wirtschaftliche Krisen verhindert werden können. Die Lektüre des Buches ist sehr zu empfehlen und wird hoffentlich von einer großen Öffentlichkeit wahrgenommen, um zu einer menschengerechteren Wirtschaft zu führen.

Lina Laubisch

■ Jochen Hörisch Man muss dran glauben – Die Theologie der Märkte

München: Wilhelm Fink Verlag, 2013. 132 Seiten.

Jochen Hörisch ist Ordinarius für Neuere Germanistik und Medienanalyse an der Universität Mannheim. Neben Büchern, Fernsehen und Internet ist auch Geld für ihn ein Medium, dem er als Literaturwissenschaftler und erklärtermaßen ökonomischer Laie schon mehrere Publikationen widmete, u. a. „Gold, Geld und Glück“ (1983), „Kopf oder Zahl – Die Poesie des Geldes“ (1996) und „Gott, Geld, Medien“ (2004). Dass Literaten Hilfreiches zur Ökonomie beitragen können und dies in höchst anregender Form, zeigt auch sein neuestes Buch. Er bezeichnet es als „Traktat“ eines „Außenstehenden“, der die „Freiheit des Dilettanten“ in Anspruch nimmt und, so darf man ergänzen, dabei sehr Bemerkenswertes zutage befördert. Unterstützung hierfür fand er in der aus Finanz- und Religionswissenschaftlern, Theologen, Ökonomen und Philosophen bestehenden Forschungsgruppe „Risiko, Vertrauen, Schuld“ am Zentrum für Religion, Wirtschaft und Politik der Universität Basel – einem Musterbeispiel interdisziplinärer Forschung.

Ausgehend von der Struktur- und Funktionsverwandtschaft zwischen Gottes- und Geldglauben belegt Hörisch seine These, dass die ökonomische Aufklärung hinter dem Stand der religiös-theologischen Aufklärung weit zurückbleibt und Irrationalismus predigt. Die Parallelen in Ökonomie und Religion drängen sich ja schon sprachlich auf, etwa in Messe, Erlös, Kredit, Schuldner, Gläubiger, Testament und Offenbarung. Gott und Geld sind beide auf Beglaubigung angewiesen. Als kleinerer Bruder der Religion befriedigt Ökonomie die profanen Bedürfnisse. „Geld ist der Logos der Wirtschaft.“ (S. 29) In beiden Sphären, der Religion und der Ökonomie, geht es um Wandlung, sowohl bei Taufe und Abendmahl als auch beim Tausch Ware gegen Geld. „Geldverkehr ist nichts anderes als die Veralltäglichung der sonntäglichen Transsubstantiation.“

Dabei bemerkt Hörisch den interessanten Unterschied, dass die Hostie unifunktional, Geld hingegen weiter verwendbar ist und seinen Be-

sitzer überdauert. Hier hätte der Autor zur Idee des alternden Geldes vorstoßen können, was nachzuholen sich lohnen würde. Als Gemeinsamkeit bemerkt er, dass Egoismus wie überhaupt das Böse Grundbedingung sowohl der Religion als auch der Ökonomie ist und Zerstörung schöpferisch wirkt. Für irrational hält Hörisch sowohl den Glauben an die Vernunft Gottes als auch an die des Marktes und beklagt die Glaubensbefangenheit der vorherrschenden Wirtschaftswissenschaft. Seit langem gäbe es mehr Agnostiker und Atheisten als Marktungläubige. Erst neuere Strömungen (etwa unter dem Namen behavioral economics) widerlegen durch aufschlussreiche Experimente das Modell des angeblich rational entscheidenden homo oeconomicus.

Drei Abschnitte widmet Hörisch speziell dem Geld und berührt dabei auch die Umverteilungseffekte des Zinses sowie historische Stimmen der Kritik, nicht aber Ideen, diese Auswirkungen zu überwinden. Sein Schlusskapitel „Ökonomisch-theologische Aufklärung – Von der unsichtbaren Hand zu sichtbaren Händen“ sucht keinen „dritten Weg“, sondern enthält (durchaus einleuchtende) Vorschläge zur Einhegung der Marktwirtschaft: Begrenzung der Einkommens- und Vermögensspreizung, Koppelung von Gewinn und Haftung, sachgerechte Zuordnung der Aufgaben zum öffentlichen und zum privaten Sektor, differenzierte Regulierung, Lastenausgleich zum Abbau öffentlicher Schulden, Eigentumsstreuung, Erhöhung der Erbschaftssteuer.

Wenn Hörisch sich den zeitlosen Weisheitschätzen der Religionen mehr öffnete, fände er nicht nur zum Geldwesen, sondern auch zum Umgang mit sonstigen Gemeinschaftsgütern wertvolle Orientierung. Für einen solcher Grundgedanken gedeihlichen Zusammenlebens, den notwendigen Ausgleich zwischen Reich und Arm, nutzt er im Anhang neben Goethes „Werther“ und „Wilhelm Meister“ noch eine faszinierende Quelle: Thomas Manns Roman „Königliche Hoheit“ mit hochaktuellen volkswirtschaftlichen Erkenntnissen darüber, dass Superreiche letztlich auch zum eigenen Vorteil überschuldete öffentliche Hände aus ihrer Not erlösen müssen, wenn wir Zukunft haben wollen.

Hörischs Buch ist ein Lesevergnügen, das man sich in die Hände vieler ökonomisch und politisch Interessierter wünscht; denn es hilft Denkgewohnheiten zu überwinden und macht neugierig auf das, was Literaten zur Ökonomie zu sagen haben. Was Wissenschaftler bestenfalls erhellen, können Schriftsteller bewegen.

Roland Geitmann

■ Friedhelm Hengsbach Die Zeit gehört uns – Widerstand gegen das Regime der Beschleunigung

Frankfurt/M.: Westend Verlag, 2012. 284 Seiten.

Ein neues Buch des bekannten katholischen Theologen, Philosophen und Sozialwissenschaftlers und langjährigen Leiters des Nell-Breuning-Instituts für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik Friedhelm Hengsbach über die Auswirkungen der Finanzmärkte auf unser Zeiterleben weckt bestimmte Erwartungen. Denn die Leserinnen und Leser dieses Mediums kennen wichtige Zusammenhänge zwischen Geld und Zeit, etwa die Bedeutung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes in der Realwirtschaft, die Tatsache, dass Geld nur im Fließen seine Funktion erfüllt, und die fatalen Folgen des Zinses.

Wir nacheinander auf dieser Erde erscheinenden Menschen sind darauf angelegt, uns in unseren Lebensphasen mangelnder oder überschüssiger Leistungsfähigkeit wechselseitig zu helfen, uns also in der Zeitdimension auszugleichen. Wenn aber die mittlere Generation von der nachfolgenden mehr verlangt, als sie durch Nachwuchspflege vorgeleistet hat, und somit ihren bloßen Zeitvorsprung zu Geld macht, indem sie Dividenden und Alterssicherungssysteme mit Zinseffekten konstruiert, setzt sie die Wirtschaft unter Wachstumszwang und erzeugt Beschleunigungseffekte. Dem hielt schon die christliche Scholastik des Mittelalters entgegen: Zeit ist ein Geschenk Gottes und kann, im Unterschied zu Produkten und Dienstleistungen, nicht verkauft werden.

Schon der Titel des hier angezeigten Buches signalisiert: Diese Unverfügbarkeit der Zeit als Kerngedanke der Zinskritik ist (nach wie vor) nicht Hengsbachs Anliegen. Er verortet den Beschleunigungsmotor zwar in den Finanzmärkten.

Aber dass das Geldwesen selbst verändert werden müsste, um unsere Kurzatmigkeit zu überwinden, liegt außerhalb seines Blickwinkels. Der sich durch Jahrtausende ziehenden Zinskritik widmet er nur einen einzigen und zudem distanzierenden Satz (S. 29). Ihm geht es stattdessen um selbstbestimmte Nutzung der Zeit. So berechtigt auch diese Zielsetzung ist, fragt sich, ob sie hinreicht, die Beschleunigungsproblematik zu ergründen und zu beheben.

Hengsbach geht in fünf Schritten vor: Im ersten Kapitel („Atemlos beschleunigt“) schildert er Symptome und Leidensgeschichten der Beschleunigung und gibt gleichzeitig Entwarnung. Die Lebensgeschwindigkeiten auf der Erde seien unterschiedlich und die Entwicklung nicht geradlinig, sondern eher in Schüben verlaufen: Fernhandel, Industrialisierung und globale Digitalisierung.

Im zweiten Kapitel untermauert Hengsbach seine These, dass der jüngste Beschleunigungsschub von den informationsgestützten Finanzmärkten ausgehe. Deregulierung und Digitalisierung hätten die elektronische Automatisierung des Wertpapierhandels ermöglicht bis hin zum Hochfrequenzhandel mit extrem kurzen Haltefristen und riesigen Umsätzen, bei denen es um Millisekunden geht. Diese flatterhaften und risikanten Vorgänge auf den Finanzmärkten prägen wiederum die Unternehmen, die Politik, die Arbeitsverhältnisse und die privaten Haushalte, was Hengsbach sachkundig und mit aktuellen Bezügen zur Banken- und Schuldenkrise darstellt.

Das dritte Kapitel behandelt das „Rätsel der Zeit“ philosophisch und erklärt es als ein von Menschen geschaffenes, sprachliches Konstrukt zur gesellschaftlichen Abstimmung von Handlungssequenzen. Der Erkenntniswert dieser abstrakten und ab nun ständig wiederkehrenden Kennzeichnung bleibt blass, zumal der Fokus „Beschleunigung“ dabei in den Hintergrund rückt. Dass es darum gehen könnte, vormodernes Kreislaufdenken und das Denken in Entwicklungen zu einer dritten Form des Zeiterlebens zu verbinden, kommt nicht in den Blick.

Zur politischen Diskussion zurückkehrend fordert Hengsbach im vierten Kapitel über „Gleiche

Gerechtigkeit und Solidarität“, der Erosion der Solidarität entgegenzuwirken und sie in ihren verschiedenen Dimensionen (zivilgesellschaftlich, republikanisch, föderal, europäisch und planetarisch) zu stärken. Das fünfte Kapitel („Eigene Zeiten“) beginnt mit Ratschlägen zur Entschleunigung im persönlichen Bereich, referiert die Diskussion über eine globale Finanzarchitektur und bekennt sich zu betrieblicher Mitbestimmung, bedarfsdeckender Mindestsicherung (statt bedingungslosen Grundeinkommens), Tarifautonomie, Arbeitszeitverkürzung und zu einer „solidarischen Halbtagsgesellschaft“ durch gleiche Verteilung von Erwerbs- und Hausarbeit auf Mann und Frau. All dem stimmt man gern zu wie auch dem Schutz der Sonntagszeit und einem umfassenden Wohlstandsindikator statt des BIP.

Das Werk verzichtet auf konkrete Quellenangaben, enthält aber ein nach Kapiteln geordnetes Literaturverzeichnis, das Belesenheit und Kenntnisreichtum des Autors bestätigt. Trotz der inhaltlichen Fülle bleibt (zumindest beim Rezensenten) bis zum Schluss der Eindruck, dass dieses Buch zum Kern der Beschleunigungsproblematik nicht vordringt. Für den Widerstand, wozu der Untertitel auffordert, mag das reichen, zum Aufbau einer zukunftsfähigen Gesellschaft wohl eher nicht.

Roland Geitmann

■ Daron Acemoglu und James A. Robinson Warum Nationen scheitern – Die Ursprünge von Macht, Wohlstand und Armut

Frankfurt: Fischer Verlag, 2012. 580 Seiten.

Warum sind einige Länder wohlhabend und andere arm? Dieser Frage gehen der MIT-Ökonom Daron Acemoglu und der Harvard-Politologe James A. Robinson in ihrem gemeinsamen Buch nach. Dies ist nun keineswegs der erste Versuch, diese Urfrage der Wirtschaftswissenschaften zu beantworten: Montesquieu meinte seinerzeit, warmes Klima verursache Trägheit. Thomas Malthus war überzeugt, die Überbevölkerung führe zu Armut. Von Max Webers protestantischer Ethik inspirierte, kulturalistische Deutungen mutmaßten über die Wirkung von Nationalcharakteren und geteilten Glaubensvorstellungen. In den 1960ern galten Mangel an Kapital und Investitionen so-

wie – konträr – ausbeuterische Außenhandelsbedingungen als Hauptursachen für Armut.

Acemoğlu und Robinson verwerfen all diese Erklärungsansätze als unzutreffend. Prägnantes Beispiel dafür sei Korea, das seit seiner Teilung vor 60 Jahren heute keinerlei wirtschaftliche Gemeinsamkeiten mehr hat. Ihre Formel lautet: Gute („inklusive“) Institutionen führen zu Wohlstand, schlechte („extraktive“, gemeint ist ausbeuterisch) zu Armut. Sie entwickeln diese auf einem gut 600-seitigen anekdotenreichen Ritt über Kontinente und durch Jahrhunderte. An vielen Beispielen wird illustriert, dass inklusive Wirtschaftsinstitutionen, die „geeignete Anreize und Gelegenheiten bieten, dazu gesicherte Eigentums- und Vertragsrechte, eine funktionierende Justiz sowie freien Wettbewerb, so dass sich die Bevölkerungsmehrheit produktiv am Wirtschaftsleben beteiligen kann“. Dies führt zu Innovationen (technologischer und organisatorischer Art), die ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum ermöglichen und den Wohlstand breit in der Gesellschaft verteilen.

Historisch ist das allerdings die Ausnahme – die meisten Staaten stützen sich (auch heute noch) auf extraktive Wirtschaftsinstitutionen, bei denen eine kleine herrschende Elite die übrige Gesellschaft ausbeutet. Wirtschaftsinstitutionen sind abhängig von politischen Institutionen, weswegen man Acemoğlu und Robinsons „Ökonomie der Armut und des Wohlstands“ (S. 71) im Grunde als eine Analyse von Herrschaftsformen und deren Auswirkungen lesen kann. Inklusive Wirtschaftsinstitutionen müssen von inklusiven politischen Institutionen unterstützt werden, bei denen sich die Bevölkerung am politischen Geschehen beteiligen kann und die Macht in pluralistischer Manier verteilt ist. Voraussetzung dafür ist eine hinreichende Zentralisierung des Staates – schließlich muss dieser sichere Eigentumsrechte, Gesetze, öffentliche Dienstleistungen usw. gewährleisten und durchsetzen können. Im Gegensatz dazu stehen die extraktiven politischen Institutionen, bei der die Machtverteilung absolutistisch auf einen engen Kreis beschränkt und unanfechtbar ist. Auch hier ist Wirtschaftswachstum möglich, wie am Beispiel der Sowjetunion oder Chinas verdeutlicht wird. Aber dieses

ist eben nicht dauerhaft. Denn aus Furcht vor Machtverlust blockieren die Herrschenden den nötigen gesellschaftlichen und teils auch technologischen Wandel. Als Konsequenz tritt irgendwann Stagnation ein – ein Schicksal, dass die Autoren China prophezeien.

Inklusive Institutionen verdanken sich einer glücklichen Verkettung von Faktoren oder, in den Worten der Autoren, „kleinen institutionellen Unterschieden“ (eine geschwächte Herrschaft, vermögende Kaufleute usw.), die in Umbruchphasen große Wirkung entfalten können. Im England des 17. Jahrhunderts konnte so eine breite Opposition aus verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen gegen den Absolutismus entstehen. Große Teile des restlichen Europas wiederum wurden im Zuge der französischen Revolution umgestaltet. Die französischen Besatzer schafften feudale Besitzverhältnisse und lähmende Regularien wie Zünfte ab, sie führten (u.a. mit dem Code Napoléon) ein unter dem Prinzip der Gleichheit vor dem Gesetz stehendes Rechtssystem ein. Damit wurde in jenen Ländern der Boden für inklusive Institutionen und damit für die industrielle Revolution bereitet.

Gleichzeitig brachten die europäischen Kolonialmächte die Saat der Unterentwicklung in die restliche Welt. In der Karibik und in Lateinamerika etwa errichteten die Konquistadoren Zwangsarbeitssysteme, die sich lange Zeit halten sollten. Solche extraktiven Institutionen sind äußerst zählebig. Entweder gelang es den herrschenden Eliten über Jahrhunderte an der Macht zu bleiben (wie in Guatemala) oder aber die Regierungen wechselten, doch die Herrschaftsstrukturen blieben gleich. Das Eherne Gesetz der Oligarchie bewirkt, dass die neue herrschende Elite trotz aller Versprechungen letztlich die alte Politik fortsetzt. Im subsaharischen Afrika finden sich viele solcher traurigen Beispiele. Deutlich wird hier auch der Fluch des Reichtums. Dort wo wertvolle Rohstoffe lagerten oder sich lohnenswerte Kulturpflanzen anbauen ließen, entstanden meist Ausbeutungsstrukturen.

Inklusiv, pluralistisch, wohlhabend vs. extraktiv, absolutistisch, arm – mit dieser Gegenüberstellung erklären die Autoren die Welt und lassen dabei keinen Zweifel, dass die politischen

Konstellationen letztlich ausschlaggebend sind. Diese holzschnittartige These hilft allerdings wenig, das Zusammenspiel von Demokratie und Wirtschaft zu klären. Wer kontrolliert hier wen? Welche Gefahren für inklusive Institutionen können von der Wirtschaft ausgehen? Als einziges Beispiel hierfür nennen die Autoren die großen Monopole, die Ende des 19. Jahrhunderts in den USA entstanden. Sie verlieren allerdings kein Wort über die aktuelle Dominanz der Finanzmärkte oder über die zunehmende Ungleichverteilung des Wohlstands in demokratischen Gesellschaften. Könnte aus dem „einen Prozent“, das die Occupy-Bewegung kritisiert, auch eine ausbeuterische, Armut verursachende Elite erwachsen? Was, wenn das kapitalistische Wirtschaftssystem, wie von etlichen behauptet, zunehmend die Demokratie aushöhlt, was wenn es – auch durch Umweltzerstörung und Ressourcenausbeutung – irgendwann seinen eigenen Fortbestand gefährdet? Dennoch: Acemoğlu und Robinson haben einen wichtigen Aspekt von Armut und Wohlstand identifiziert, der die Debatte bereichert. Ihr lesenswertes Buch ist – wie Elisabeth von Thadden es formuliert – letztlich eine „Liebeserklärung an Institutionen, die im Sinne ihrer Bürger funktionieren“. *Christian Thiel*

■ Helmut J. Wagner Der Homo Empathicus – Ein Leitbild für die humanökologische Neuordnung einer nachhaltigen Gesellschaft

München: oekom Verlag, 2013. 255 Seiten.

In seiner als Buch veröffentlichten Dissertation legt der Politikwissenschaftler Helmut J. Wagner einen gesellschaftspolitischen Entwurf zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung vor. Die Argumentationslinie verläuft wie folgt:

- Nachhaltige Entwicklung ist nötig, da die gegenwärtige Wirtschaftsweise ökologisch nicht durchhaltbar ist. Dafür mitursächlich sind ein naturwissenschaftlich geprägtes mechanistisches Weltbild und das Menschenbild eines eigennutzenorientierten Homo Oeconomicus. Dieser versagt vor den ethischen Anforderungen einer nachhaltigen Entwicklung.

- Naturausbeutung ist nur verhinderbar, wenn ein Menschen- und Weltbild handlungsleitend wird,

welches den Menschen wieder in die größeren Zusammenhänge der natürlichen Lebenswelt einbettet. Insofern braucht es ein neues Verständnis vom Menschen als einem „Homo Empathicus“ – als anthropologische Basis für eine nachhaltige Entwicklung.

- Neue wissenschaftliche Erkenntnisse bestätigen, dass der Mensch ein empathisches Potenzial hat, das durch Förderung ausgebaut werden kann, z.B. auch in Richtung einer „ökologischen Empathie“. Wenn bisher die Ökonomie (auch in der Politik) zu dominieren scheint, liegt das somit an – veränderbaren – zivilisatorischen Einflüssen.

Wagners „humanökologische Reformagenda“ für eine nachhaltige Entwicklung umfasst vor diesem Hintergrund die Bereiche Gesellschaft, Erziehung und Bildung sowie Politik:

- Gesellschaftlich geht es um Bewusstseins-schaffung und Wertewandel, z.B. um Vermittlung neuer Werte durch Medien.

- Das bildungspolitische Ziel gesunder empathischer Entwicklung erfordert laut Wagner u.a.: inhaltliche und methodische Anpassungen des Lernens (ganzheitliches Lernen), strukturelle Reformen zur Förderung einer neuen Lernkultur (individuelleres Lernen, positivere Fehlerkultur), kleinere Klassen sowie Interdisziplinarität und ethische Neuausrichtung der Hochschulbildung.

- Politisch wird vieles gefordert: verantwortungsvolle Politiker und Beamte anstelle eines primär von (kurzfristigen) ökonomischen Interessen beherrschten Systems, generell Bewusstseinswandel. Der Staat soll bestehende individuelle Freiheiten gemeinsam mit den Bürgern zugunsten der Sicherheit von Mensch & Natur beschränken. Weitere Forderungen in Stichworten: Neustrukturierung des Banken- und Geldsystems, Durchbrechung der Wachstumsspirale, Ombudsleute für die Rechte künftiger Generationen, Schuldenabbau zur intergenerativen Gerechtigkeit, ausgewogene Mischung zwischen staatlicher Steuerung (z.B. durch Steuern und Abgaben) und freiwilligen Vereinbarungen und Initiativen, mehr direkte Demokratie, „New Deal“, „grünes Konjunkturprogramm“, andererseits schlanker Staat, Umbau des Sozialstaates, zum Teil dessen Ersatz durch familiäre Strukturen und soziale

Netzwerke, solidarische Bürgergesellschaft mit Teilhabe. Dies schaffe erst die Grundlage, um einen empathischen Umgang mit der Natur und der Gesellschaft zu ermöglichen. Und: nur wenn Menschen frei von ökonomischen Zwängen genügend Raum und Zeit haben, sich um sich selbst, ihre Bedürfnisse und ihre sozialen Kontakte zu kümmern, könne sich der Homo Empathicus in der Gesellschaft etablieren.

- In der internationalen Politik seien „Pionierstaaten“ wichtig, in denen der geforderte Bewusstseinswandel schneller vollzogen wird (Vorbilder findet Wagner in Skandinavien). Zum anderen müsse eine globale Perspektive internationaler Politik erreicht werden, eine „Global Governance“ bzw. humanökologisch nachhaltige Weltinnenpolitik (z.B. die Einführung einer Tobin Tax). Wagner räumt ein (S. 219): „Kritik entzündet sich ... an dem angeblich idealistischen Gehalt solcher Ansätze, womit sie den realpolitischen Mechanismen und Zwängen nicht gerecht würden“. Er stellt diese Schwierigkeiten nicht in Abrede, verweist aber auf Notwendigkeiten und Erfordernisse. Die Prinzipien einer nachhaltigen Politik müssten einfach gegen kurzfristige nationalstaatliche Interessen sowie profitorientiertes ökonomisches Gewinnstreben durchgesetzt werden.

Im Ausblick stellt Wagner einem Negativszenario (moralische Überforderung des Menschen) ein Positivszenario gegenüber (zivilisatorischer Fortschritt reicht aus). Die Schlüsselfrage ist aus seiner Sicht: wie schnell kann eine kritische Masse von Menschen ihr empathisches Bewusstsein aktivieren und die Politik dazu bewegen, ihr zu folgen? Er sieht einen offenen Wettstreit mit dem nach wie vor attraktiven alten Modell des technisch-ökonomischen Fortschritts. Seiner Überzeugung zufolge gibt es jedoch keine Alternative zum Homo Empathicus als Garant für eine zukunftsfähige Welt.

Zusammengenommen liegt hier ein sehr fleißig zusammengestelltes Buch vor. Die Lektüre ist aber nicht wirklich zu empfehlen – aus zwei Gründen:

1. Als Dissertation ist das Buch sehr wissenschaftlich, sprachlich anspruchsvoll und nicht an breite Leserkreise gerichtet. Es ist engzeilig und

in kleiner Schrift geschrieben. Für viele wäre die Lektüre daher primär anstrengend.

2. Die Arbeit kommt nicht wirklich zu "knackigen" Erkenntnissen – außer, dass der "Homo Empathicus" sympathischer als der "Homo Oeconomicus" und insgesamt dringender zu fordern ist. Es bleibt aber meist bei Forderungen und Wünschen. Besonders die "Reformagenda" spricht zwar vieles an, bleibt dann im Detail aber doch wolkig und zum Teil in sich widersprüchlich.

Fazit: Der Autor will zwar zu einer menschlichen Sichtweise in Wirtschaft und Gesellschaft beitragen. Sein Beitrag kann aber nicht wirklich überzeugen. *Johann Walter*

■ Hartmut Rosa Weltbeziehungen im Zeitalter der Beschleunigung – Umriss einer neuen Gesellschaftskritik

Berlin: Suhrkamp Verlag, 2012. 446 Seiten.

Ist es möglich, eine „Soziologie des guten Lebens zu entwerfen?“ lautet die rhetorische Frage, die der Soziologe Hartmut Rosa am Anfang stellt. Die Antwort lautet „Ja“, wenn der Soziologe nicht die Ziele, Werte und Inhalte selbst eines gelingenden Lebens zu definieren versucht, sondern deren soziale Voraussetzung. Und um die ist es in der beschleunigten „spätmodernen“ Gesellschaft schlecht bestellt. Rosas zentrale These ist die Gefährdung einer gelungenen Weltbeziehung der Subjekte. Sie können die objektive, soziale und subjektive Welt nicht mehr als „antwortendes, atmendes, tragendes Resonanzsystem“ wahrnehmen und dies hat wesentlich zu tun mit der Dynamik sozialer Beschleunigung. Rosa bettet damit seinen bereits früher ausführlich publizierten originären Theorieansatz in den weiteren Zusammenhang einer Analyse und Kritik der Bedingungen für gelingende Weltbeziehungen ein. Er möchte damit die Kritische Theorie revitalisieren. Deren Schlüsselbegriff für nicht gelungene Weltbeziehungen war lange Zeit „Entfremdung“, das Konzept zu ihrer Überwindung „Autonomie“. Doch in der Spätmoderne stiegen mit den Selbstbestimmungsoptionen gleichzeitig auch die Entfremdungserfahrungen, da die sozialen, technischen und normativen Koordinatensysteme

me, an denen sich die Subjekte in ihrem Bemühungen für ein gutes Leben orientieren könnten, immer fluider werden.

Kern von Rosas Analyse gefährdeter Resonanzstrukturen in der „Spätmoderne“ ist seine 2005 bereits ausführlich publizierte Theorie sozialer Beschleunigung, die er noch mal zusammengefasst darlegt: Demnach ist die Moderne einem dreidimensionalen, autodynamischen Zirkelprozess aus technischer Beschleunigung (z.B. Mobilität, Kommunikation), einer dadurch geförderten Beschleunigung sozialen Wandels (z.B. berufliche, familiäre Beziehungsmuster), die ihrerseits für eine Steigerung des individuellen Lebenstempos sorgt (Anpassungsprozesse sind zeitintensiv, ständiges Hinterherlaufen etc). Die Verknappung der Zeitressourcen wiederum treibt technische Beschleunigung voran usw. Dieser „Beschleunigungszirkel“ wird nun zusätzlich angetrieben von „externen“ Motoren: Der „ökonomische Motor“ des Kapitalismus, der wie keine andere Form wirtschaftlicher Organisation auf dem Erarbeiten von Zeitvorsprüngen als Wettbewerbsvorteil basiert, treibt technische Beschleunigung an. Der „strukturelle Motor“ der funktionalen Differenzierung steigert die Verarbeitungsgeschwindigkeit in den autonom operierenden gesellschaftlichen Teilsystemen und übt zusätzlichen Druck auf Sozialstrukturen aus. Der „kulturelle Motor“ der modernen Verheißung, durch Verdichtung der Ereignisse und Vorhaben das irdische Leben maximal nutzen zu können, verschärft die individuelle Beschleunigungserfahrung.

Bleiben in der Vormoderne die sozialen Beziehungen und die darauf abgestimmten Identitäten über mehrere Generationen konstant, so änderten sich in der Moderne die sozialen Umgebungen und auch die Lebenspläne mit jeder neuen Generation. In der Spätmoderne hingegen wandeln sich die Rahmenbedingungen mehrmals innerhalb einer Generation, so dass stabile Orientierungen immer schlechter möglich werden und nur noch „situative Identitäten“ prozessiert werden können.

Doch der verflüssigte soziale Wandel ist nicht die einzige Gefahr für eine gelingende Weltbeziehung. Der schnelle Wechsel der Konsumgüter etwa verunmöglicht den Aufbau einer langjähri-

gen Beziehung zu ihnen, entfremdet uns somit von der Dingwelt. Zudem werden Objekte so komplex, dass wir nicht mehr vertraut mit ihnen umgehen können, nur noch die Hersteller kennen alle Funktionen. Wir sind ständig mit Vorgängen beschäftigt, die wir nicht vollständig durchschauen können, werden mit einem Überangebot an Informationen belegt, können trotz formaler Freiheit nicht rational entscheiden. Die eigenen Handlungen werden daher als immer weniger kontrollierbar erfahren. Auch von der Zeit als Erfahrungsraum entfremden sich die Subjekte durch das Dominantwerden kurzer isolierter Handlungseinheiten (z.B. Surfen, Eventhopping). An die Stelle intensiven biografieprägenden Zeiterlebens, etwa einer ausgedehnten Reise oder ausgiebigen Lernens, tritt eine „episodale Fragmentierung“ des Lebens ohne tiefere Aneignungsprozesse.

Für die Individuen sieht der soziologisch denkende Autor kaum eigenständige Auswege aus diesem stählernen Gehäuse spätmoderner Beschleunigungszwänge. Erst durch politische Gestaltung könne die Welt wieder stärker zur Resonanzsphäre werden, doch auch dies ist an zeitstrukturelle Bedingungen gebunden. Die „Idee, dass moderne Gesellschaften sich demokratisch selbst verwalten und gestalten können“, setze „bestimmte Annahmen über die Synchronisation zwischen der demokratischen Willensbildung und Entscheidungsfindung auf der einen und der Geschwindigkeit, mit welcher sich soziale Entwicklungen und Veränderungen vollziehen, auf der anderen Seite voraus“. (361) Politik müsste also die Gesellschaft entschleunigen, um die eigenen Resonanzchancen zu erhöhen. Doch hier hört das Buch auf, das keine Anleitung zur Durchsetzung von Veränderung sein soll, sondern zunächst der aufklärerisch-tastende Versuch einer erneuerten Kritischen Theorie einer Moderne, deren ureigener Anspruch auf individuelle und kollektive Souveränität durch systemische Beschleunigungsmechanismen gefährdet ist.

Rosas Argumentation ist nichts für den Schnelldurchgang, ihre Aneignung zwingt zur Entschleunigung – mit Gewinn. Er macht eine Fülle von soziologischen, philosophischen und literarischen Quellen fruchtbar. Jeder der zehn Aufsätze bie-

tet in verdichteter Schreibweise auch einen Einblick in soziologische Theorien und sozialphilosophische Argumentationen. Sie sind daher auch gut alleine zu lesen. Im Zusammenspiel ergibt sich jedoch ein spannendes, gut begründetes und leider auch plausibles Gesamtbild einer durch ständige Dynamisierung in ihren normativen Grundvoraussetzungen gefährdeten Moderne – ein Meilenstein für eine soziologische Fundierung des Postwachstumdiskurses.

Ulrich Schacht Schneider

■ Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften (Hg.) Wege Vorsorgenden Wirtschaftens

Marburg: Metropolis-Verlag, 2013. 414 Seiten.

Die Netzwerkerinnen des vorsorgenden Wirtschaftens sind eine einflussreiche feministische Stimme im kritischen Strang des Nachhaltigkeitsdiskurses. Erfrischend deutlich verweisen sie seit über 20 Jahren auf die „eigentlichen“ lebensdienlichen Zwecke von Ökonomie, zeigen transformative Handlungsspielräume auf und produzieren zugleich ein solch theoretisch anspruchsvolles Konstrukt wie „(Re)Produktivität“. Im Buch präsentieren 18 Autorinnen aus unterschiedlichen Wissenschaftsdisziplinen und Praxisfeldern in 17 Aufsätzen Arbeitsergebnisse der letzten 10 Jahre.

Die Publikation leistet zweierlei. Erstens erfährt die interessierte und zur begrifflichen Anstrengung bereite Leserschaft (eine populäre Einführung ist es nicht) viel über Ziele des Netzwerkes und theoretische Grundlagen des Konzepts „Vorsorgendes Wirtschaften“. Dessen Anspruch ist es, die herrschende Wirtschaftsweise und (neoklassische) Mainstream-Ökonomie aus einer feministischen Perspektive kritisch zu analysieren, die Vision einer „sozial und ökologisch zukunftsfähigen, geschlechtergerechten Wirtschaftsweise“ (Einleitung S. 11) vorstellbar zu machen und praktikable Wege zu ihr zu erkunden. Es verknüpft theoretische Ansätze und „voranalytische Visionen“ der ökologischen und feministischen Ökonomie sowie der sozialökologischen Forschung, aber seine geistesgeschichtlichen Wurzeln reichen viel weiter zurück, z. B. zu Schellings Naturphilosophie (vgl. H. Kaning S. 43-61).

Die zentrale Kategorie des „vorsorgenden Wirtschaftens“ ist „(Re)Produktivität“ (vgl. A. Bieseker/S. Hofmeister S.137-158). Sie soll einerseits die ökonomische Ursache für die „Nicht-nachhaltigkeit“ der herrschenden kapitalistischen Wirtschafts- und Lebensweise, für die Krise des „Reproduktiven“ offenlegen – das den Marktökonomien der Moderne eingeschriebene hierarchische Trennungsverhältnis zwischen dem „Produktiven“ und dem „Reproduktiven“. Dies korrespondiere mit der „paradoxen Funktionsweise des (Markt-)Ökonomischen“ (144): im Prozess des Verwertens werden sozial weibliche („reproduktive“) Leistungen und die „ökologische Produktivität der lebendigen Natur umfassend vereinahmt“ (144), im Akt des Bewertens hingegen werden sie als „Reproduktivität aus dem Ökonomischen ausgegrenzt und unsichtbar gehalten“ (142). Nur was das (Industriekapitalistisch-)Ökonomische „als seine eigene ... Produktivität anerkennt, geht in die Wertrechnung ein.“ (144) „Wirtschaften in diesem Modus vernichtet systemisch die materiell physischen und sozial lebensweltlichen Grundlagen künftigen Lebens ...“ (145).

Im Gegensatz dazu zielt „(Re)Produktivität“ auf die „prozessuale, nicht durch Abwertungen getrennte Einheit aller produktiven Prozesse in Natur und Gesellschaft...“ (143). Damit soll der Blick für eine „(re)produktive Ökonomie“ geöffnet werden. Sie verbinde die Herstellung von Gütern und Leistungen mit der Erhaltung und Erneuerung der Natur- und sozialen Produktivitäten, sei somit nachhaltig. Für die Regulation der Ökonomie bedeute dies, dass Wirtschaften organisiert ist als „Vielzahl aufeinander abgestimmter produktiver Prozesse, deren stofflich qualitative und wertmäßige Dimensionen durch gesellschaftliche Aushandlungsprozesse auf allen Ebenen der gesellschaftlichen (Re)Produktion“ (146) – vom Haushalt bis zur globalen Ebene. Marktförmige Regulative sind hierin eingebettet.

Andere Autorinnen hingegen – wie U. Knobloch (S. 21-42) und M. A. Jochimsen (S. 63-83) – begründen Ethik und Theorie vorsorgenden Wirtschaftens vorwiegend „sorgeökonomisch“ bzw. ausgehend vom Konzept „Care“. Gegen diese Fokussierung von Vorsorge zu Sorge bzw. „Care“

bei Jochimsen wenden S. Hofmeister / T. Mölders (S. 85-114) m. E. zu Recht ein, dass damit die explizit herrschaftskritische und die Gesellschaft-Natur-Dimension aus dem Blick geraten (87). Leider geht M. A. Jochimsen in ihrem Text nicht auf diese Kritik ein.

Weitgehend geteilt von allen Autorinnen werden Grundprinzipien einer vorsorgenden Wirtschaftsweise, wie ein bewusst auf das Ganze der Wirtschaft und alle Arten von Produktivitäten und Arbeit bezogenes erhaltendes Gestalten, kooperatives, demokratisches, (geschlechter)gerechtes Handeln, das orientiert ist am für ein gutes Leben Notwendigem. Was dies konkret bedeute, sei diskursiv auszuhandeln (u.a. U. Knobloch 28ff.; A. Biesecker / B. Scurrall 404) und partizipativ zu entscheiden.

Wege in eine vorsorgende Wirtschaftsweise entstünden dort, wo Handlungsspielräume in diesem Sinne experimentell genutzt werden und praktisch gelernt wird, wie heute schon wertökonomisch verselbständigte Prozesse lebensweltlich rückgebunden werden können, z.B. über lokale oder regionale Währungen (U. v. Winterfeld / A. Biesecker S. 385-401; Ch. Ax S. 297-310). Aber für eine Transformation hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft müssten solche Initiativen zu „vielen kleinen, neuen Gesellschaftsverträgen“ (386) führen.

Zweitens demonstrieren die Verfasserinnen die Fruchtbarkeit und das Anregungspotential „Vorsorgenden Wirtschaftens“ für spezielle Arbeitsfelder und aktuelle Debatten: was folgt aus dieser Perspektive für eine – der „irreversiblen Hybridnatur“ (S. Hofmeister / T. Mölders) angemessenen – Strategie des Naturschutzes oder für ein Konzept der Gesundheitsförderung (B. Knothe S. 329-347) bzw. für eine „Neubestimmung von Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (Arenhövel S. 201-220)? Welche Position bezieht das Netzwerk in der aktuellen Debatte um Wachstum, Wohlstand, gutes Leben, gute Arbeit (A. Biesecker / U. v. Winterfeld S. 257-275; Ch. Ax a.a.O.)? Vorgestellt werden innovative Ansätze vorsorgenden Wirtschaftens in den Bereichen Planen, Bauen, Wohnen (A. Rinn S. 221-249), Finanzieren (S. Schön / B. Schmidt S. 277-296), Altenpflege (E. Lang / Th. Wintergerst S. 349-384), Energieerzeu-

gung (S. Schön / A. Biesecker / S. Hofmeister / B. Scurrall S. 159-200). B. Adam nimmt die zeitliche Dimension des Konzepts unter die Lupe (S. 115-135). Sehr aufschlussreich die Analyse von Andrea Baier (S.311-327) zur „Renaissance des Selbermachens“, ihre Vergleiche zu traditionellen und alternativen Vorläufern. (Leider bleibt die Herkunft der empirischen Befunde z. T. unklar.)

Natürlich lässt der Text auch Wünsche offen. Anstelle sich wiederholender Abgrenzungen vom Mainstream wäre es interessant gewesen zu erfahren, wie die Netzwerkerinnen zu anderen kritischen – z.B. neo-marxistischen – Ansätzen stehen, deren beträchtliches Erklärungspotenzial für Dynamiken der multiplen Krise deutlich wurde. Eine straffere Darstellung hätte manchem Text gut getan, während einige theoretische Thesen empirisch plausibler begründet und dargestellt werden könnten. Wichtige Schritte zur weiteren Operationalisierung und Konkretisierung (z. B. hinsichtlich Übergangswege, Reduktion von Koordinationsaufwand etc.) sind von den Netzwerkerinnen bereits als Aufgabe formuliert (S. Schön et al. 159ff.; A. Biesecker / B. Scurrall S. 403-409).

Wer sich für Visionen und Wege des Übergangs zu nachhaltigem Wirtschaften oder generell für sozialökologische Transformation interessiert, wird das Buch mit Gewinn lesen, vor allem wenn feministisches Denken für ihn/sie noch Neuland sind.

Frank Adler

■ Daniela Dahn Wir sind der Staat – Warum Volk sein nicht genügt

Hamburg: Rowohlt Verlag, 2013. 175 Seiten.

Die große Gesellschaftsanalytikerin und streitbare Schriftstellerin Daniela Dahn will mit ihrem neuen Buch einige unbequeme, aber unvermeidliche Einsichten den Lesern vermitteln, weil sie immer weniger an die Kraft der Demokratien glauben und Freiheit und Wohlstand für alle für eine leere Formel halten. Die resignierten Bürger müssen wieder selbst Initiative ergreifen, um souverän zu sein. Dies ist das Anliegen des Buches. Zugleich gibt die Autorin Nachhilfeunterricht im Fach Staatsrecht, indem sie eindeutig auf einen Grundwiderspruch unserer De-

mokratie hinweist, der besagt: Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus – wie es das Grundgesetz sagt –, aber sie kehrt nie zu ihm zurück. Längst ist sie in den Händen des Big Business, denn „die Regierenden regieren nicht mehr. Die Repräsentanten repräsentieren nicht mehr. Wenn’s heikel wird, vollziehen die Vollziehenden nicht mehr. Den Gewinnern gehört das Casino. Die Wutbürger erproben ihre Macht nicht. Die einzige Begrenzung wäre die Gesetzgebung. Von der sind sie ausgeschlossen“. (S.7).

Die Tragik des praktizierenden Staatsrechts liegt nach der Autorin in der Tatsache, dass, indem dem Staat als „juristische Person“ eine eigene Persönlichkeit zuerkannt wird, diese zugleich dem Volk aberkannt wird. Daniela Dahn greift damit auf die Erkenntnis des früheren Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes Ernst-Wolfgang Böckenförde zurück, der schon 1973 die Lehre vom Staat als juristische Person für verfehlt ansah. Lieber würde Böckenförde das Volk als fortdauernd einwirkenden „Anstaltsherren“ sehen, „der den Staat zu seiner demokratischen ‚Veranstaltung‘ macht, um das Gemeinwohl zu heben.“

Diesem Gedanken geht Daniela Dahn nach, indem sie danach fragt, wie wieder ein Gemeinwesen entstehen kann, dessen Gesetze das Wohl aller in den Vordergrund stellen und nicht das Privateigentum (denn „privare“ heißt berauben). Zugleich fragt sie, wie das Volk selbst zum Staat werden kann, indem die Bürger sich selbst ermächtigen.

Die Autorin sieht Anzeichen zur Verwirklichung in dem Modell der „Runden Tische“, das am Ende der DDR von der kleinsten Gemeinde bis zum Zentralen Runden Tisch in Berlin wirkungsvoll erprobt und in denen die „friedliche Revolution ausgehandelt“ wurde (S. 107), aber auch in der Occupy-Bewegung mit ihrem genialen Slogan „Wir sind die 99 Prozent.“

Viel konkreter aber findet sie Anhaltspunkte bei Hannah Arendt in ihrem Buch „Über die Revolutionen“, das schon vor 50 Jahren erschienen ist. In ihm sieht Arendt die repräsentative Demokratie als schon überholt an, weil dort das Volk schon nicht mehr mitentscheidend ist. Dagegen hält Arendt das „Rätesystem“ für die

„künftige Staatsform“, weil es als einziges „einen neuen politischen Raum für Freiheit“ geschaffen habe. Deshalb erinnert Daniela Dahn auch an die erste deutsche Räterepublik in Bayern, in der neben Kurt Eisner als Ministerpräsident Silvio Gesell, der Begründer der Freiwirtschaft, als Finanzminister fungierte und eine neue Geldtheorie mitbrachte, in der das Geld nicht mehr herrscht sondern dient. Zugleich nahm der „Rat der geistigen Arbeit“ mit enthusiastischen Intellektuellen und Künstlern wie Rainer Maria Rilke, Heinrich Mann und Gustav Landauer die Arbeit auf (S. 113). Freilich wurde dieses Modell militärisch zerschlagen, aber wenn „Zukunft zu Ende gebrachte Geschichte ist“, wie die Autorin behauptet, dann darf man für die Zukunft auch neue Modelle erdenken, wo man „frei von feindlicher Übernahme, aber nicht frei von freundlicher Teilhabe ist“.

Für den Weg auf dieses Ziel ist Daniela Dahns Buch ein inspiratives, sprachliches und intellektuelles Lesevergnügen. Deshalb sei dieses Buch allen entmutigten Bürgern empfohlen, damit sie wieder Hoffnung bekommen, ihrer Selbstermächtigung bewusst werden und souverän handeln können.

Christoph Körner

■ David Graeber Schulden – Die ersten 5000 Jahre

Stuttgart: Klett-Cotta, 2012. 536 Seiten.

Bereits Heinsohn/Steiger opponierten in ihrer „Eigentumstheorie des Geldes“ vehement gegen das sog. Tauschparadigma der Neoklassik und gegen die Vorstellung, dass die Wirtschaftsgeschichte mit dem Tauschhandel beginnt und dann allmählich Münzen diesen Tausch verbessern und vervollkommen. Sie berufen sich dabei insbesondere auf die Anthropologen. David Graeber ist nun selber einer und bestätigt Heinsohn/Steigers Kritik namentlich und vollumfänglich und spricht selbst vom Tauschparadigma als dem „großen Gründungsmythos der Wirtschaftswissenschaften“: „Schlicht und einfach wurde nicht ein einziges Beispiel einer Tauschwirtschaft jemals beschrieben, ganz zu schweigen davon, dass daraus das Geld entstanden ist; nach allen verfügbaren ethnographischen Daten hat es das nicht gegeben.“ Und: „Selten wurde eine histo-

rische Theorie so vollkommen und systematisch widerlegt.“

Aber der Mythos vom Tausch – von Adam Smith in die Welt gesetzt – ist für Graeber konstituierend für die Apotheose der Ökonomie als wissenschaftliche Disziplin, weil erst dadurch eine „Wirtschaft“ konstruiert werden konnte, die unabhängig vom moralischen und politischen Leben der Menschen nach ihren eigenen Regeln funktionierte. Aber eine derartige Trennung unterschiedlicher Sphären des menschlichen Verhaltens ist für die Geschichte der Menschheit so wenig konstatierbar wie für heute noch existierende Urvölker.

Ursprünglich lebten die Menschen in einem Naturzustand, in dem allen alles gehörte: „Alle gesellschaftlichen Systeme ... wurden immer auf einem Fundament von real existierendem Kommunismus errichtet. Die Verpflichtung, Nahrungsmittel und sonstigen Grundbedarf zu teilen, ist in jeder Gesellschaft, deren Angehörige sich als Gleiche empfinden, die Grundlage der Alltagsmoral.“ Graeber nennt das eine „humane Ökonomie, in der als das wirklich Wichtige für die Menschen gilt, dass jeder von ihnen in einem einzigartigen Beziehungsgeflecht mit anderen steht.“ In Abgrenzung zur erst später und insbesondere unter Einwirkung von Gewalt sich entwickelnden „kommerziellen Ökonomie“.

Bereits in der humanen Ökonomie gibt es ein ursprüngliches Geflecht gegenseitiger Leistungen und Verpflichtungen („der Stoff, aus dem Gemeinschaft war“), die aber weder formalisiert noch quantifiziert sind und die gerade dadurch die Grundlage für das überindividuelle Bewusstsein dieser Urgemeinschaft bilden. Gewalteinwirkung von außen – typischerweise durch bereits kommerzielle Ökonomien – bringt den Wandel: „Damit in einer humanen Ökonomie etwas käuflich ist, muss man es erst aus seinem Zusammenhang herausreißen.“ Das trifft nicht zuletzt auch auf Sklaven zu: Menschen, die dem einzigartigen Beziehungsgeflecht entrissen wurden, das sie geformt hat, sind auch für Menschen aus humanen Ökonomien nicht mehr wirklich als solche erkennbar. Deshalb können sie gekauft, verkauft und sogar getötet werden. „Aber kommerzielle Ökonomien versklavten bereits seit vielen

tausend Jahren Menschen aus humanen Ökonomien. Diese Praxis ist so alt wie die Zivilisation.“ Graeber fragt sich auch, ob Sklaverei nicht sogar konstitutiv ist für die Zivilisation schlechthin: Er spricht von der Sklaverei in einem weiteren Sinne als dem Prozess, der „Menschen aus dem Netz wechselseitiger Verpflichtung, einer gemeinsamen Geschichte und kollektiver Verantwortlichkeit herauslöst, das ihnen Identität verleiht. Herausgelöst aus diesem Netz sind sie austauschbar – das heißt, es wird möglich, sie der Logik der Schuldverhältnisse zu unterwerfen. Die Sklaverei ist nur der logische Endpunkt, die extremste Form einer solchen Herauslösung.“

Das Ende der humanen Ökonomie ist zugleich der Urknall der kommerziellen Ökonomie, der Schulden wie des Geldes: „Geld und Schulden tauchen im selben Augenblick auf der Bühne auf. ... Wenn wir jede menschliche Interaktion so interpretieren, dass die Menschen einander ein Ding für ein anderes geben, dann können beständige menschliche Beziehungen nur die Form von Schulden annehmen. ... Der Kern dessen, was wir als Schulden bezeichnen, ist eine Übereinkunft zwischen Gleichen, für eine bestimmte Zeit nicht mehr gleich zu sein. ... Sobald ... die Schulden beglichen sind, wird die Gleichheit wiederhergestellt und beide Beteiligte können sorglos von dannen gehen und müssen in Zukunft nichts mehr miteinander zu tun haben.“ (Doch dadurch wird auch der Charakter zwischenmenschlicher Interaktion vollkommen verändert bzw. verfälscht: „Die Schulden sind das, was zwischen den Beteiligten liegt, die so lange noch nicht frei ihrer Wege gehen können, wie sie noch nicht vollkommen gleich sind. Aber darüber senkt sich schon der Schatten endgültiger Gleichheit. Ihr Erreichen zerstört den Grund der Beziehung und alles, was in der Zwischenzeit passiert ist. Das gilt für alles Menschliche, was in der Zwischenzeit liegt – und das bedeutet, dass alle derartigen menschlichen Beziehungen zumindest ein kleines Stück von Kriminalität, Schuld und Scham in sich tragen.“)

Auch Keynes sei bereits klar gewesen: „Geld ist Kredit.“ Individuen, so Keynes, schließen Vereinbarungen untereinander. Sie nehmen Schulden auf und versprechen deren Rückzahlung.

Später garantiert der Staat den Vollzug der Vereinbarung und diktiert den rechtlichen Rahmen. „Und das führt zu Keynes' nächster dramatischer Erkenntnis: Banken schaffen Geld.“

Insofern ist das vermeintlich hypermoderne virtuelle Geld tatsächlich die Urform von Geld, denn Kreditsysteme, Anschreiben, auch Ausgabekonten gab es lange, bevor es Bargeld gab. „Diese Dinge sind so alt wie die Zivilisation. ... In der Geschichte war das Kreditgeld zuerst da.“ Spätestens aus ägyptischen Hieroglyphen und mesopotamischen Keilschriften – mit denen sich auch Keynes jahrelang beschäftigt hat – geht eindeutig hervor, „dass Kreditsysteme ... viele tausend Jahre älter waren als die Erfindung des Münzwesens.“

Aber auch die Einführung des Münzgeldes hatte mit Gewalt zu tun: Staaten bezahlten damit Soldaten und Waffen und erhoben gleichzeitig Steuern in Münzgeld, um damit eben dieses Militär finanzieren zu können: „Denn was immer der Staat akzeptierte – es wurde dadurch zur Währung.“ Erst dadurch konnten nun auch überregionale und nationale Märkte entstehen: „Staaten haben Märkte geschaffen. Märkte erfordern Staaten. Die einen könnten ohne die anderen nicht existieren.“ Auch damit entlarvt Graeber den Markt, der ohne Staat existiert, aber auch bereits den, der ohne Staat gedacht wird, als neoklassische Phantasmagorie.

Die Kreditsysteme vor dem Münzgeld waren prädestiniert für Friedenszeiten und soziale Netze, die noch einigermaßen von Vertrauensbeziehungen gekennzeichnet waren. Das gibt es im Krieg nun nicht (mehr), eher marodierende Banden und Soldaten, die sich mobiles Vermögen (Münzen, Edelmetalle und -steine) wie auch immer angeeignet haben. Anonyme und temporäre Wirtschaftsbeziehungen zu Fremden werden jetzt zur Regel und durch den Gebrauch von Münzen auch erst wirklich möglich. Erst jetzt reduzieren sich Transaktionen endgültig „auf Überlegungen darüber, wie viel x man für y erhält, also auf das Berechnen von Verhältnissen, das Einschätzen der Qualität und den Versuch, bei diesem Geschäft möglichst gut abzuschneiden.“ Entsprechendes gilt auch für Formen von Kriminalität, die erst durch anonymes Bargeld wirklich Ver-

breitung finden: Piraten, Entführer, Erpresser, Betrüger, Räuber usw. wickelten und wickeln bis heute aus gutem Grund ihre Geschäfte in Bargeld ab.

Das Mittelalter, auch in Indien und China, war gekennzeichnet von einem Rückgang der großen Reiche, der großen Armeen, der ganz großen Gewalt, der Sklaverei insbesondere, aber auch von einem Rückgang des Edelmetallgeldes. Statt dessen kehrten die Kreditsysteme zurück (und nicht etwa der Tauschhandel!). Das Geld wurde wieder virtuell. Gold und Silber landeten in Kirchen, Klöstern und Tempeln.

Das Zinsverbot war eine weitere Kennzeichnung des Mittelalters. Aber mit dem Übergang auf den neuzeitlichen Kapitalismus wurde „eine auf dem Kredit beruhende Wirtschaftsordnung in eine auf den Zinsen beruhende Wirtschaftsordnung verwandelt“. Das Wachstum ihrer monetären Basis war nunmehr weder durch Edelmetallbindung noch durch Zinsverbote ernsthaft begrenzt. Deshalb ist der Kapitalismus „ein System, das unablässiges, endloses Wachstum voraussetzt.“

Für Graeber jedenfalls scheint klar, dass das nicht endlos und auch nicht mehr lange so weitergeht: „Für die Annahme, dass der Kapitalismus in ein oder zwei Generationen nicht mehr existieren wird, sprechen etliche gute Gründe – vor allem die Tatsache, dass unendliches Wachstum auf unserem Planeten mit begrenzten Ressourcen nicht möglich ist. ... Die eigentliche Frage lautet jetzt, wie wir ... eine Gesellschaft schaffen können, in der die Menschen weniger arbeiten und mehr leben können.“

Konsequent, aber erst auf der allerletzten Seite seiner tief philosophischen, kühnen, aber auch brillanten Analyse ist für den ‚Occupy‘-Mitbegründer und -Aktivisten schließlich „ein Ablassjahr nach biblischem Vorbild überfällig, für Staatsschulden wie für Konsumschulden.“

Thomas Betz

■ **Arno Gahrman**
Wir arbeiten und nicht das Geld – Wie wir unsere Wirtschaft wieder lebenswert machen

Frankfurt/Main: Westend Verlag 2013. 211 Seiten.

Ausgangspunkt dieses Buches ist Arno Gahrman's „Unbehagen“ an sozialen Veränderungen in Deutschland: eine zunehmende Zahl schlecht bezahlter und unsicherer Arbeitsverhältnisse, eine wachsende Einkommensungleichheit und eine Tendenz zur Entsolidarisierung. Die rot-grüne Sozialreform (Agenda 2010) ist für den Autor allerdings nur vordergründig die Ursache für diese Veränderungen. Den tieferen Grund sieht er in einer falsch definierten Rolle des Güter produzierenden und verteilenden Subsystems der Gesellschaft.

Unser Land ist, so die Diagnose des Autors, gekennzeichnet durch das Vordringen des ökonomischen Prinzips (der Ziel-Mittel-Effizienz) in alle Lebensbereiche. Ein Subsystem, das mit diesem Anspruch das Gesamtsystem dominiert, bezeichnet er als „Ökonomie“. Dieses Denken werde an prominenter Stelle von der marktradikalen („neo-liberalen“) „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ gefördert.

Dem stellt Gahrman eine Gesellschaft gegenüber, in der das güterproduzierende Subsystem eine dienende Rolle hat. In diesem Fall bezeichnet er es als „Wirtschaft“. Beispielhaft vertreten sieht er einen solchen menschengemäßen Gesellschaftsentwurf in dem Konzept der „Sozialen Marktwirtschaft“ eines Ludwig Erhard. Der Dualismus zwischen „Wirtschaft“ und „Ökonomie“ entspricht in etwa der Unterscheidung Karl Polanyis zwischen einer formalistischen und einer substantivistischen Sicht auf Güterproduktion und Güterverteilung.

Das Goldene Zeitalter der „Wirtschaft“ ist für Gahrman der Zeitraum der 1950er bis 1980er Jahre in der alten Bundesrepublik. Der „Rheinische Kapitalismus“ (ein Begriff von Michel Albert) habe eine hohe Arbeitsplatzsicherheit und umfassende sozialstaatliche Umverteilung ermöglicht. In den Betrieben habe es begeisterte Tüftler gegeben und mittelständische Unternehmer hätten sich für Kunden und Mitarbeiter persönlich verantwortlich gefühlt. Kom-

munale Unternehmen hätten die infrastrukturellen Grundbedürfnisse kostengünstig befriedigt.

Der Autor plädiert folglich für die Renaissance dieses Kapitalismus mit menschlichem Antlitz. Dabei übersieht er allerdings, dass der Rheinische Kapitalismus in einer spezifischen historischen Situation entstand. Die Alliierten hatten die Zerschlagung der kriegstreibenden Monopole gefordert. Erstmals in der deutschen Wirtschaftsgeschichte wurden die kleinen und mittelgroßen Unternehmen nicht mehr als Bremsklotz für die wirtschaftliche Entwicklung, sondern als sozialer und wirtschaftlicher Stabilisator anerkannt: Ein stabiler „Mittelstand“ (ein Wort, das eine vorindustrielle Zeit aufscheinen lässt) sollte gegen radikale Ideen immunisieren. Aus demselben Grund sollte die Arbeiterklasse vor einer Verelendung wie in der Weltwirtschaftskrise geschützt werden. Außerdem war in den 1950er und 1960er Jahren der Wettkampf der Systeme noch keineswegs entschieden – der Kalte Krieg wurde nicht zuletzt auch an der Massenkonsum-Front geführt.

Aber es gibt nach Ansicht des Rezensenten noch einen weiteren Grund, warum der Rheinische Kapitalismus kaum als praktikabler Gegenentwurf zum heutigen Wirtschaftssystem taugt. Das ist die zwischenzeitlich erfolgte erneute Revolution der Produktivkräfte. Containerisierung und Computerisierung führten zu einer Entgrenzung der Welt (und damit zur Standortkonkurrenz um mobile Kapitalgüter) und zugleich zu einer Einengung der wirtschaftspolitischen Handlungsmöglichkeiten der Nationalstaaten (vor allem, aber nicht nur bei der antizyklischen Konjunkturpolitik à la John M. Keynes).

Die Therapievorschlüsse von Arno Gahrman beziehen sich deshalb zu Recht auf eher Grundsätzliches. Ein wichtiger Ansatzpunkt für ihn ist die „De-Mystifizierung“ des Geldes. Da man Geld bekanntlich nicht essen kann, ist die Sicherung eines Anteils an der gegenwärtigen oder gar an der zukünftigen Güterwelt durch Aufbau von Forderungen („Vermögen“) ausschließlich vom Wohlwollen der anderen abhängig. Sind andere Länder oder eine künftige Generation nicht bereit, die mit Geld scheinbar verbrieften Anrechte auf Güter zu bedienen, kommt es zu einer „Geldentwertung“. Dann ist im Extremfall der Tausch-

wert des Geldes nur noch gleich seinem (kaum oder gar nicht vorhandenen) Gebrauchswert.

Auf Grund dieser Überlegungen kann Arno Gahrman (in der Tradition von Keynes und Gesell) auch einer steigenden Staatsverschuldung weit entspannter gegenüberstehen, als die – mit Immanuel Kants Begriff – im „Mystizismus“ des Geldes befangene konventionelle Politik. Gahrmanns Buch ist daher auch ein Beitrag zur Aufklärung: Statt sich der fundamentalistischen Doktrin eines ausgeglichenen Haushalts zu unterwerfen und die Sozialleistungen dafür weiter zu demontieren, sollte der Staat mit dem Schutz der natürlichen Lebenswelt und mit sinnvollen Infrastrukturmaßnahmen echte Werte auch für künftige Generationen erhalten bzw. schaffen.

Dieser Vorschlag kann jedoch nur umgesetzt werden, wenn gleichzeitig der Kapitalzins abgeschafft wird – wofür es gute Argumente gibt, auf die alle Kapitalismuskritiker spätestens seit Karl Marx (Zinsen als von der Arbeitskraft in der Industrie geschaffener, auf die Finanzkapitalisten umverteilter Mehrwert) und Silvio Gesell (Zinsen als leistungsloses Einkommen) rekurren. So ist auch der Titel des Buches als Anspielung auf deren Arbeitswerttheorie zu lesen.

Ein anderer Therapieverschlagn Gahrmanns betrifft die internationale Arbeitsteilung. Auch hier rüttelt er an den Grundfesten des ökonomischen Mainstreams. Seit Adam Smith und David Ricardo hegen liberale (aber auch die meisten heterodoxen, etwa marxistischen) Ökonomen nämlich die Überzeugung, dass Spezialisierung auf das, was absolut oder vergleichsweise am günstigsten hergestellt werden kann, sowie der Austausch des dann Überschüssigen gegen das Notwendige potentiell allen Beteiligten mehr materiellen Wohlstand (in Form von Konsumgütern) beschert. Moderne Ökonomen argumentieren mit Paul Krugman, dass Spezialisierung und Austausch sogar dann vorteilhaft sind – gemessen an den Auswahlmöglichkeiten und der erzeugten Menge an Konsumgütern – wenn es keine komparativen Kostenunterschiede gibt, wohl aber die Realisierung von Massenproduktionsvorteilen möglich ist.

Wer jedoch die Ökonomie auf menschliches Maß und Mitte zurückführen will und das Gebot

der Profitmaximierung durch Effizienzsteigerung zu Gunsten eines lediglich „angemessenen“ Gewinns und der umfangreichen Berücksichtigung von Stakeholder-Interessen (wie sicherer Arbeitsplatz, angenehme Arbeitsbedingungen, qualitätsvolle Produkte, intakte Natur) ablösen will, der wird nicht maximalen materiellen Konsum als Ziel allen Handelns ansehen. Der wird auch nicht die Realisierung von Skalenerträgen durch immer größere Produktionseinheiten für erstrebenswert erachten.

Folglich findet Gahrman seinen Bezugspunkt in dieser Hinsicht auch nicht bei den kosmopolitischen klassischen Ökonomen Smith und Ricardo, sondern bei deren Antipoden Friedrich List. Als „Nationalwirtschaftler“ plädierte List gegen eine kurzfristig zur Konsumgütermehrung, aber langfristig zu falscher Spezialisierung und Entwicklungsverzögerung führende unbedingte Integration eines Landes in die Weltwirtschaft. Er sprach sich vielmehr für eine quasi-organische Entwicklung des produktiven Potentials einer Volkswirtschaft aus – und damit für eine (allerdings nur: temporäre!) Abkoppelung von der Weltwirtschaft.

Der Verfasser entwickelt die Listsche Argumentation weiter zu einem Plädoyer für eine verstärkte intra-regionale Arbeitsteilung. Dabei könnte die Einführung von Regionalwährungen als Bremsmittel gegen eine weitere Globalisierung wirken – während zu deren grenzüberschreitenden Güter- und Finanzströmen Weltwährungen wie der Euro als Schmiermittel erheblich beitragen.

Arno Gahrman tritt ein für Entschleunigung und Vielfalt, gegen Standardisierung und gegen die Verdrängung des Lebens durch den Konsum. Der Verfasser versucht, mit vielen Beispielen aus dem Alltag seine Ideen anschaulich zu machen – für den abhängig Beschäftigten, der um seinen Arbeitsplatz fürchtet, für den mittelständischen Unternehmer, der sich dem internationalen Konkurrenzdruck nicht gewachsen fühlt, für alle, die sich gegen die weitere Zerstörung der Mitwelt einsetzen. Auch wenn man nicht allen seinen Überlegungen folgen mag – dieses Buch bietet mehr als eine neo-romantische Utopie. Es ist ein Buch, das zum Innehalten auffordert und zur Reflexion scheinbar unumstößlicher Dogmen. Es

sei daher allen, die bereit sind, eingetretene Pfade zu verlassen, nachdrücklich zur Lektüre empfohlen.

Hans Heinrich Bass

■ Ulrike Jureit Das Ordnen von Räumen – Territorium und Lebensraum im 19. und 20. Jahrhundert

Hamburg: Hamburger Edition, 2012. 445 Seiten.*

Lesen wir das Fazit eines wissenschaftlichen Buches als Ausdruck dessen, was seinem Autor nach vielen Jahren des Forschens und Schreibens als Quintessenz erschien, dann ist Ulrike Jureits Bilanz eindeutig. Die nationalsozialistische Lebensraumpolitik während des Zweiten Weltkriegs lässt sich nicht in bruchloser Kontinuität zur kolonialen Landnahme des Deutschen Reiches in Westafrika vor dem Ersten Weltkrieg beschreiben. Weder im Lebensraumkonzept Friedrich Ratzels noch in der kolonialen Praxis war die rassistische Eroberungs- und Vernichtungspolitik des Nationalsozialismus bereits unumkehrbar angelegt. Hier liegt der Fluchtpunkt des Buches. Jureit bezieht damit in einem Forschungsfeld Position, das an einer Schnittstelle zwischen NS-, Genozidforschung und neuerer Kolonialgeschichte angesiedelt ist. Im Zentrum ihres Interesses stehen Kontinuitäten und Diskontinuitäten kolonialer und nationalsozialistischer Raum- und Herrschaftspraxis sowie Wechselwirkungen zwischen Raumvorstellungen und realen Politiken.

Als wichtigste analytische Kategorien dienen die Konzepte der Territorialisierung und, in Anlehnung an Charles Maiers programmatischen Aufsatz in der „American Historical Review“ aus dem Jahr 2000, der Territorialität. Maier verstand darunter ein Strukturprinzip, das sich ungefähr in den 1860er Jahren in Europa und in übrigen Teilen der Welt etablierte. Kennzeichnend waren räumlich verankerte Strukturen von Wirtschaft und Politik sowie staatliche Macht und Kontrolle über eingrenzende politische Räume: über ein nach außen begrenztes und auch im Inneren durch eine Vielzahl von Grenzen und Trennungen – zwischen Schichten, Klassen und anderen Bevölkerungsgruppen, zwischen städtischem und ländlichem Raum, zwischen Öffentlichkeit und Privatem – geprägtes Territorium, das mit Hilfe staatlicher In-

frastrukturen durchdrungen, vermessen und klassifiziert, besetzt und transformiert wurde. Diese Form der nationalstaatlich verankerten Territorialität galt Maier als umfassendes Prinzip für die Organisation der Gesellschaft bis ungefähr in die 1970er Jahre. Da Jureit Maiers Konzept aber als zu statisch erscheint, bevorzugt sie den Begriff der Territorialisierung, verstanden als symbolischer und machtpolitischer Prozess der inneren und äußeren Landnahme, den eine stete Dynamik zwischen räumlichen Ordnungsvorstellungen und administrativen, ökonomischen, institutionellen und infrastrukturellen Praktiken kennzeichnete.

Die besondere Herausforderung ihrer Arbeit ist es, diese Dynamik empirisch greifbar zu machen, und dies gelingt der Autorin auf überzeugende Weise. Sie setzt dort an, wo sich die Außengrenzen staatlicher Hoheitsgebiete des Deutschen Reiches veränderten und neue territoriale Grenzziehungen vorzunehmen waren: im kolonialen Deutsch-Südwestafrika, im Zuge der deutschen Besatzungsherrschaft in Osteuropa während des Ersten und Zweiten Weltkrieges sowie nach dem Versailler Friedensschluss, als über den Verlauf einer Vielzahl neuer Grenzen in Europa entschieden werden musste. Die politische Praxis der Grenzziehung als wesentlicher Schritt der Territorialisierung sowie Vorstellungen, Vorannahmen und Wunschbilder über die neu zu schaffende territoriale Ordnung griffen hier untrennbar ineinander. In der Aufschlüsselung der Grenzdebatten liegt die besondere Stärke des Buches, das zudem die Kartographie als ein zentrales Scharnier zwischen raumwissenschaftlicher Theoriebildung und politischer Praxis in den Vordergrund rückt.

Wie Jureit am Gegenstand der Grenzziehungspraktiken in Deutsch-Südwestafrika herausarbeitet, galten die Gebiete in Afrika den europäischen Kolonialmächten als staatsfreier Raum, auf den sie ihre Territorialkonzepte übertrugen. Mit der Festlegung eindeutiger Grenzen erwarben sie, wie im europäischen Völkerrecht fixiert, uneingeschränkte Hoheits- und Verfügungsrechte. Die Grenzziehung als konstitutiver Akt kolonialer Inbesitznahme war in Deutsch-Südwestafrika indes mit erheblichen Schwierigkeiten in der Praxis verbunden. Mangelhafte geographische Daten, wenig tragfähiges Kartenmaterial und fehlende Orts-

kenntnis nährten fast schon absurd anmutende Grenzstreitigkeiten mit Portugal über unauffindbare Bergmassive und wandernde Wasserfälle. Da präzisere Informationen über derartige Landmarken fehlten, geschweige denn über Siedlungs-, Bevölkerungs- und Wirtschaftsstrukturen existierten, folgten die Grenzziehungen in erster Linie mathematischen Kriterien und orientierten sich an den Routen von Expeditionen. Grenzkommisionen steckten Koordinaten ab und zogen Linien auf Karten, ohne Rücksicht auf gewachsene Strukturen zu nehmen. Unbekannte Gebiete stellten die Kartographen mit weißen Flächen dar und schufen so einen vordergründig leeren Raum, für Jureit das wichtigste Resultat deutscher und europäischer Raumaneignung im kolonialen Afrika. In den Köpfen der deutschen Kolonisatoren erschien der Raum als leer, denn dort war nichts Europäisches.

Dieselbe, von kolonialen Vorstellungen getragene und auf eine imperiale Ausweitung des deutschen Herrschaftsgebiets zielende Territorialisierungspraxis prägte dann im Ersten Weltkrieg den 1915 östlich von Ostpreußen eingerichteten Militärstaat Ober-Ost. Die deutsche Expansionspolitik bediente sich während des Krieges bereits der Metaphorik des Lebensraumes, dessen Aufstieg zu einem biologisierten geostrategischen Handlungskonzept gleichwohl, wie Jureit betont, erst nach 1918 erfolgte. Die deutschen Gebietsansprüche im Osten legitimierte Militär, politische Eliten und Wissenschaftler geographisch, ökonomisch und kulturell, (noch) nicht allerdings rassistisch. Wiederum wurde der Raum tendenziell als leer imaginiert, weil er dünn besiedelt war und von keiner wirklichen „Ordnung“ strukturiert erschien. Während der Friedensverhandlungen musste die deutsche Delegation erkennen, dass ihr Kartenmaterial für die Untermuerung von Gebietsansprüchen unzulänglich war. Am Beispiel der Teilung Oberschlesiens zeigt Jureit die Schwierigkeit, den auf dem Reißbrett festgelegten Grenzverlauf umzusetzen, waren dadurch doch vielfach Bahnlinien, Infrastrukturen, Grundstücke und Industriegebiete durchtrennt. Die wolkige Formulierung vom Selbstbestimmungsrecht der Völker schuf mehr Probleme, als sie löste. In Fragen der Gebietszugehörigkeit

dominierte die jeweilige Interessenpolitik über historische, ökonomische oder kulturelle Argumentationen.

Im Deutschen Reich verfestigte sich nun die Wahrnehmung existenzbedrohender „Raumnot“, da die Volks- und Staatsgrenzen nicht mehr übereinzustimmen schienen. In der Formel vom „Volk ohne Raum“ verflochten sich politischer Revisionismus mit den geopolitischen Theorien Friedrich Ratzels und Karl Haushofers sowie der Volks- und Kulturbodentheorie. Jureit schlüsselt dieses Raumvokabular, seine Semantiken und seine Popularisierung in sorgfältiger Quellenarbeit auf. Verkoppelt mit einer durch Urbanisierung, Bevölkerungsentwicklung und Industrialisierung erzeugten Verdichtungserfahrung entstand ein klaustrophobisches Lebensgefühl, das für den Raumdiskurs der 1920er und 1930er Jahre symptomatisch gewesen sei. Hier allerdings wird die anspruchsvolle Geschichte deutschen Raumdenkens ein wenig zu rund, und das hängt mit ihrem Fluchtpunkt zusammen, der Frage nach dem Zusammenhang von Imperialismus, Kolonialismus und Holocaust. „Der“ Raumdiskurs, von dem im Buch die Rede ist, ist ein ganz bestimmter: jener, der sich um den Bereich von Außengrenzen und Außenräumen des Territoriums formierte. Auch Jureits Akteure – Grenzkommisionen, Politiker, Völkerrechtler, Geographen – bewegten sich, in ihrer Theoriebildung wie in der politischen Praxis, an den Außengrenzen des Reiches. Doch definiert sie selbst Territorialisierung als einen Akt äußerer und innerer Landnahme. Jener Teil des Raumdiskurses und die Praktiken administrativer Durchdringung und Grenzziehung, die am inneren Raum ansetzten, bleiben jedoch unerwähnt und ihr Bezug zu den Außen- und Grenzräumen im Dunkeln.

Die Erfahrung räumlicher Verdichtung hatte aber eine unabtrennbare zweite Seite, die stets mitzudenken ist und den zeitgenössischen Raumdiskurs ebenfalls prägte: das Problem der Landflucht und der Entleerung des ländlichen Raumes. Wie jedoch verhielt sich die äußere zur inneren Kolonisation, mit der schon der preußische Staat seit den 1880er Jahren die Landflucht und die Abwanderung aus den Ostprovinzen zu bekämpfen suchte? In welcher Beziehung

zu den nach außen gerichteten Debatten standen jene über das Siedlungs- und Planungsweisen, über räumliche Entwicklungen, zu denen die Verwaltungsgrenzen nicht mehr passten, über Reichsneugliederung und Reichsreform, die Klagen über den West-Ost-Gegensatz und räumliche Ungleichgewichte, somit Territorialvorstellungen und Territorialpraxis im Reich? Den Nexus zwischen innen und außen betrachtet Jureit allein für die rassenbiologisch grundierten Agrarstrukturereformen im Umfeld Walther Darrés und die eingegliederten Ostgebiete unter der Ägide Heinrich Himmlers. Erst im Verlauf der 1930er Jahre kam es zu einer Verkoppelung raum- und rassen-theoretischer Ordnungsvorstellungen. Der Begriff des Lebensraumes löste sich aus seinem geopolitischen und agrarwirtschaftlichen Verweisungszusammenhang und wurde zu einem rassenbiologischen Planungskonzept, das auf die Durchherrschaft von Großräumen ausgerichtet war. Anders als im kolonialen Kontext wurden die nach 1939 eroberten Gebiete nicht als leer, sondern als nach rassischen Prinzipien zu leerende imaginiert. War die rassische Homogenisierung bis 1941 noch durch Umsiedlung, Vertreibung und Deportation zu erreichen, schien dies nur noch durch systematischen Massenmord möglich, als die räumlichen Größenordnungen soweit ins Unermessliche wuchsen, dass die bisherigen Territorialisierungspraktiken nicht mehr anwendbar waren.

Das 20. Jahrhundert, von dem im Titel des Buches die Rede ist, endet leider, ohne Hinweis auf einen Ausblick, schon 1945. Das Verdienst von Jureits Arbeit ist es, die ideengeschichtliche Filiation des Großraumgedankens und des Lebensraumbegriffs in einem langen Zeitschnitt detailliert aufgeschlüsselt zu haben, und sie bettet diese Geschichte in jene des nach außen gerichteten Raumdiskurses ein. Vor allem aber zeigt sie die Versuche, die jeweils spezifischen Raumvorstellungen in neu zu ordnenden Territorien zu verwirklichen, und arbeitet eine enge Verbindung zwischen Raumtheorie, Kartographie und politischer Praxis heraus. *Ariane Leendertz*

* Diese Rezension erschien zuerst in der „Zeitschrift für Ideengeschichte“ Nr. 3/2013, S. 120-122. Vgl. dazu auch die Website www.z-i-g.de

52. MÜNDENER GESPRÄCHE

Vortrags- und Diskussionsveranstaltung der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V.

Finanzmarktkrise – Bodenmärkte – Welternährung

12. und 13. Oktober 2013,
Reinhardswaldschule, Fuldataal-Simmershausen bei Kassel

SAMSTAG, 12. OKTOBER 2013

- 9.30 Uhr **Eröffnung & Einführung**
Dipl.-Volksw. Ass.jur. Jörg Gude und Fritz Andres
- 10.00 Uhr **Hintergründe der Finanzkrise – Wege in eine menschengerechte Wirtschaft**
Prof. Dr. Christian Kreiß, Hochschule Aalen
- 11.00 Uhr **Können Geldreformgedanken zur Überwindung der Finanzmarkt- und Schuldenkrise beitragen?**
Prof. Dr. Johann Walter, Westfälische Hochschule, Gelsenkirchen
- 14.30 Uhr **Bodenrausch – Spekulation mit Boden und Lebensmitteln**
Dr. Wilfried Bommert, Institut für Welternährung, Nümbrecht
- 15.30 Uhr **Land Grabbing und das globale Ernährungssystem – die Bedeutung von Land in einem globalen Transformationsprozess**
Roman Herre, FIAN-Deutschland, Köln
- 20.00 Uhr **Biologische Landwirtschaft und neues Wirtschaften in der SEKEM-Initiative im ägyptischen Nildelta**
Bijan Kafi, SEKEM-Initiative in Europa, Stuttgart

SONNTAG, 13. OKTOBER 2013

- 9.00 Uhr **Der Value macht den Job – Berlin zwischen urbanem Land Grabbing und Liegenschaftsfonds**
Prof. Dr. Fabian Thiel, FH Frankfurt
- 10.00 Uhr **Die unsichtbare Hand grabscht nach Geld und Land**
Prof. Dr. Dirk Löhr, Hochschule Trier – Umwelt-Campus Birkenfeld
- 12.30 Uhr Ende der Tagung – Änderungen vorbehalten!

Anmeldung erforderlich.

Formular auf www.muendener-gespraech.de

Anmeldungen bitte an Christopher Ranft

Am Römerweg 4, 84424 Isen | eMail: c.ranft@gmx.net

VERANSTALTUNG

■ Fällt Gerechtigkeit vom Himmel?

Interreligiöser Macht-Geld-Sinn Kongress

am 23. November 2013 von 10.30 – 17.00 Uhr in Dortmund

mit Pater Klaus Mertes SJ (Direktor des Kollegs St. Blasien, Schwarzwald), Abraham de Wolf (Vorsitzender von „Torat Hakalkala - Verein zur Förderung angewandter jüdischer Wirtschafts- und Sozialethik e.V.“), Pfarrer Marco Sorg (Dozent am Pädagogischen Institut der Evangelischen Kirche von Westfalen, Schwerte), Jean-Luc Karleskind (Vizepräsident des Shoura - Zentralrat der Mus-

lime, Gemeinschaft in Luxemburg) und Daniela Mahr (Philosophin und Projektleiterin des Filmfestivals „Reflecta“, Mainz).

Veranstalter: Global Change Now in Zusammenarbeit mit der Initiative 9,5 Thesen.

Ort: Reinoldinum, Tagungshaus der Evangelischen Kirche in Dortmund
Schwanenwall 34, 44135 Dortmund.

Kostenbeitrag: 10 Euro oder ermäßigt 5 Euro.

Nähere Informationen:

Internet: www.macht-geld-sinn.de

eMail: Gudula.Frieling@gmx.de

DIE MITWIRKENDEN DIESES HEFTS

Dr. Frank Adler

Choriner Dorfstr. 10, 16230 Chorin

Prof. Dr. Hans-Heinrich Bass

c/o Hochschule Bremen

Werderstr. 73, 28357 Bremen

M.Sc. Econ. Edoardo Beretta

c/o Università della Svizzera Italiana

Fakultät für Wirtschaftswissenschaften

Via G. Buffi 13, 6900 Lugano / Schweiz

Dipl.-Kfm. Thomas Betz

Paul-Lincke-Ufer 4, 10999 Berlin

Prof. em. Dr. Roland Geitmann

Martin-Bucer-Str. 6, 77694 Kehl

Prof. Dr. Thomas Huth

c/o Leuphana-Universität

Volgershall 1, 21339 Lüneburg

Dr. Christoph Körner

Erlbachtal 40, 09306 Erlau

Prof. Dr. Christian Kreiß

c/o Hochschule für Wirtschaft und Technik Aalen

Beethovenstr. 1, 73430 Aalen

Lina Laubisch

Master of Science International Finance

Bernstoffstr. 7, 13507 Berlin

Dr. Ariane Leendertz

c/o Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung

Paulstr. 3, 50676 Köln

Prof. Dr. Dirk Löhr

Biermannstr. 2, 66606 St. Wendel

Dipl.-Ing. Norbert Mundl

Otto-Bondy-Platz 1/3.05

1120 Wien/Österreich

Dr. Norbert Olah

Norfer Str. 2, 40221 Düsseldorf

Dr. Markus Raschke

c/o FAIR Handelshaus Bayern eG

Alte Kreisstr. 29, 85778 Haimhausen-
Amperpettenbach

Dr. Ulrich Schachtschneider

Hamelmannstr. 13, 26129 Oldenburg

Dr. Christian Thiel

Robert-Gerber-Str. 32, 86159 Augsburg

Dr. Hans Günter Wagner

Rasentallee 29a, 34128 Kassel

Prof. Dr. Johann Walter

c/o Westfälische Hochschule - FB Wirtschaft

Neidenburger Str. 43, 45877 Gelsenkirchen



Gerhard Senft (Hg.)

LAND UND FREIHEIT

Zum Diskurs über das Eigentum an Grund und Boden in der Moderne

ISBN 978-3-85371-358-7, br.,
208 S., 15,90 Euro

Mit Beiträgen von:

*Thomas Paine, Adam Smith,
David Ricardo, John Stuart Mill,
Pierre-Joseph Proudhon, Friedrich
Engels, Silvio Gesell u.a.*

PROMEDIA

www.mediashop.at
promedia@mediashop.at

Tel: +43 1 405 27 02 | Fax: +43 1 405 27 02-22



Dirk Löh

Prinzip Rentenökonomie

Wenn Eigentum zu Diebstahl wird

Ökonomische Renten: Dies sind Erträge, denen keine Kosten gegenüberstehen – zumindest einzelwirtschaftlich. Allerdings gibt es nichts umsonst. Irgendjemand wird immer belastet, und sei es durch Verzichtskosten. Das Muster: Gut organisierte Gruppen streichen die ökonomischen Renten ein, die Kosten werden auf schwach organisierte Gruppen abgewälzt. Unsere Eigentumsordnung leistet dem Vorschub. Sie differenziert nicht zwischen Eigentum, das auf Leistung gründet, und solchem, das ursächlich auf Usurpation beruht. Die „Erbsünde“ ist das Privateigentum an Land und die daraus fließenden Renten. Land stellt die Blaupause für die „Einfriedung“ weiterer Allmenden dar, deren Inwertsetzung aber zu Lasten der Allgemeinheit geschieht. Die Entkopplung von Nutzen und Kosten in der Rentenökonomie wäre daher nicht ohne die Entkopplung von Leistung und Gegenleistung im Steuerstaat möglich. So wird z.B. Infrastruktur öffentlich finanziert, die ökonomischen Renten hieraus werden aber privatisiert. Entkoppelt man aber einerseits in der Rentenökonomie Nutzen und Kosten, droht hier Marktversagen; entkoppelt man andererseits im Steuerstaat Einnahmen und Ausgaben, ist die Folge dort Staatsversagen. Nötig ist daher eine Politik, die konsequent und gegen den Widerstand von Interessengruppen die Reziprozität von privaten Nutzen und Kosten sowie staatlichen Einnahmen und Ausgaben herstellt.

metropolis

Verlag für Ökonomie, Gesellschaft und Politik

Eine Attacke
auf die
herrschende
Wirtschaftslehre

2013 | 232 Seiten
Klappenbroschur | 17,95 Euro
ISBN 978-3-8288-3159-9



Christian Kreiß

PROFITWAHN

Warum sich eine menschengerechtere Wirtschaft lohnt

Die Finanzwirtschaft ist längst mächtiger als die Politik, in unserer Demokratie entscheidet nicht mehr der Mensch, sondern das Geld.

Christian Kreiß tritt an gegen die Diktatur der Finanzmärkte und gegen seine eigene Zunft – die Wirtschaftsexperten. Sie beraten die Regierungen der Welt und beeinflussen, was der Öffentlichkeit als wissenschaftliche Wahrheit verkauft wird. Mit historischen Fakten und aktuellen Zahlen entlarvt Kreiß das zu bitterem Ernst gewordene Monopoly-Spiel der Finanzindustrie. Er veranschaulicht, wie in der Vergangenheit jede wirtschaftliche Wachstumsphase in sozialen Unfrieden und Chaos umschlug. Seine erschreckende Bilanz: Wir selbst befinden uns am Ende einer solchen Periode. Es ist höchste Zeit für eine Gesellschaftsordnung, die Mensch und Umwelt gerecht wird. Auf dem Spiel stehen ein menschenwürdiges Dasein und echte Demokratie.

„Für Fachleute und Laien ein unverzichtbares und zukunftsweisendes Werk.“
Prof. Dr. Margrit Kennedy

„Äußerst kenntnis- und faktenreich beschreibt Christian Kreiß das Grundübel der modernen Wirtschaft: Die extreme Ungleichverteilung des Vermögens.“
Prof. Dr. Max Otte

Prof. Dr. Christian Kreiß, Investment Banker, Finanzkrisen-Spezialist und Erfolgsautor der aufsehenerregenden Studie *Geplante Obsoleszenz*.
Zahlreiche Veröffentlichungen, Vorträge, Rundfunk- und Fernsehinterviews zur aktuellen Finanzkrise.

**Tectum
Verlag**

Biegenstraße 4 | 35037 Marburg
Tel.: 0 64 21/48 15 23 | Fax: 0 64 21/4 34 70
email@tectum-verlag.de | www.tectum-verlag.de
www.facebook.com/Tectum.Verlag

zfsö